

Hémécht

Alexander Lee

Neither one thing nor the Other:
Albertino Mussato on Luxembourg

Othon Scholer

Le Phénix aux Bains
Un emblème troublant du château de Mansfeld (2^e partie)

Dominik Trauth

Landwirtschaftliche Bildungspolitik und Pflanzenzucht
in Luxemburg zur Zeit des Régime français
Das Projekt einer Baumschule für das Wälderdepartement

Sally Scholer

Die Gründung der Société électrique de l'Our
und ihre Rolle als europäisches Gemeinschaftswerk

Jean Malget

Reichsgraf Friedrich Mathias von Spee (1852-1892)
und das in Marienthal geplante Dominikanerkloster

Jg. 64
2012
Heft 2

Revue d'Histoire luxembourgeoise
transnationale, locale, interdisciplinaire
Zeitschrift für Luxemburger Geschichte
transnational, lokal, interdisziplinär

Sally Scholer

Die Gründung der Société électrique de l'Our und ihre Rolle als europäisches Gemeinschaftswerk

Nachdem in der letzten Ausgabe der „Hémecht“ die Vorgeschichte der SEO dargestellt und der Frage nachgegangen wurde, weshalb die verschiedenen Pläne eines Wasserkraftwerkes vor dem Zweiten Weltkrieg scheiterten¹, widmet sich der zweite Teil der Entstehungsgeschichte der SEO und deren Rolle als europäisches Gemeinschaftswerk. Außerdem werden auch hier wiederum die Reaktionen der Öffentlichkeit zu diesem Projekt, anhand von Zeitungsartikeln analysiert werden.

Zur Absteckung des thematischen Rahmens wird in einem ersten Schritt die Situation Europas im Allgemeinen sowie Luxemburgs im Besonderen kurz analysiert werden, ohne jedoch ins Detail zu gehen. Die drei ersten Abschnitte legen die Grundlage, um den Einfluss des Marshall-Plans auf dieses Projekt beurteilen zu können. Vor allem die politische und soziale Situation Luxemburgs sowie der Elektrifizierungsstand des Landes sind unentbehrliche Informationen, um dieses Unternehmen beurteilen zu können.

Die Ourtalsperre und der Marshall-Plan

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand Europa vor den Trümmern der diktatorischen Herrschaft der Nationalsozialisten. Europa war zu einem Großteil schwer zerstört und musste nun einen Neuanfang, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, wagen. Der Marshall-Plan sollte bei diesem Neuanfang eine herausragende Rolle spielen. Das Nachkriegsprojekt Ourtalsperre wurde wesentlich durch diese einschneidenden Umwälzungen in Europa beeinflusst und somit teilweise erst ermöglicht.

Der Marshall-Plan und seine Ziele

Am 5. Juni 1947 legte John Catlett Marshall mit seiner viel beachteten Harvard-Rede die Grundlage für den Marshall-Plan. Diese Rede machte offiziell, was in amerikanischen Regierungskreisen schon länger diskutiert worden war: ein umfassendes Hilfsprogramm für die kriegsgebeutelten Europäer. Marshalls Rede in

¹ SCHOLER, Sally, Die Vorgeschichte der Société électrique de l'Our (SEO), in: Hémecht 64 (2012), S. 83-102. Dort auch der Titel der ursprünglichen Magisterarbeit.

Harvard kam zu einem Zeitpunkt, an dem Europa dringend Hilfe benötigte. Es war ein sehr harter Winter gewesen, die europäische Wirtschaft war nach dem Krieg noch nicht wieder voll funktionsfähig und es mangelte an lebenswichtigen Gütern.² Auf diese desolate Situation sollten die Rede von Harvard und die vorher geführten Gespräche eine Antwort liefern.

Marshall war der Meinung, dass es ohne eine gut funktionierende Wirtschaft weder politische Stabilität noch Frieden geben könne.³ Aus diesem Grund wollte Amerika den europäischen Ländern Hilfe zukommen lassen. Es ging hier aber nicht nur um eine konventionelle, zeitlich begrenzte Unterstützung in Form von Hilfsgütern, sondern es sollte eine langfristige Hilfe sein, die Europa nachhaltig stabilisieren konnte. Dementsprechend beschrieb Marshall die zu leistende Unterstützung wie folgt: *It would be neither fitting nor efficacious for this Government to undertake to draw up unilaterally a program designed to place Europe on its feet economically. This is the business of the Europeans. The initiative, I think, must come from Europe. The role of this country should consist of friendly aid in the drafting of a European program and of later support of such a program so far as it may be practical for us to do so. The program should be a joint one, agreed to by a number, if not all, European nations.*⁴

Die amerikanische Regierung wollte folglich den Europäern nicht ein Aufbauprogramm auferlegen, sondern sie verfolgte das Ziel, die europäischen Regierungen dieses Programm selbst formulieren zu lassen. Dabei sollten sie auf die Hilfe der Amerikaner zurückgreifen können. Dieses Anliegen wird auch in dem ein paar Wochen vorher verfassten „Policy Planning Staff-Paper“ vom 23. Mai 1947 deutlich; das Wiederaufbau-Programm sollte *jointly from European nations*⁵ kommen. In einem ersten Schritt musste allerdings die direkte Hilfe, z. B. durch die United Nations Relief and Rehabilitation Agency (UNRRA), gewährleistet werden. Diese hätte jedoch auf Dauer nicht ausgereicht. Eine Modernisierung der europäischen Wirtschaft war nach den Kriegsjahren dringend von Nöten und der freie Handel wurde entscheidend von den Amerikanern gefördert.⁶ Dies wurde ebenfalls in Marshalls Rede thematisiert. Er bezeichnete die europäischen Industrieanlagen als *lacking or worn out*⁷. Die verschiedenen europäischen Nationen sollten sich nun durch Zusammenarbeit gegenseitig helfen, die Länder und ihre Industrien wieder aufzubauen. Mit dieser Hilfe zur Selbsthilfe, wie sie in der Forschungsliteratur oft beschrieben wird, versuchten die Vereinigten Staaten, die zu investierenden Summen für den Wiederaufbau so gering wie möglich zu halten und vielmehr durch das notwendige Know-how behilflich

² Vgl. MAIER, Charles S., Einleitung „Es geht um die Zukunft Deutschlands und damit um die Zukunft Europas“, Westdeutschland und der Marshall-Plan: Zusammenhänge, in: MAIER, Charles S. / BISCHOF, Günter (Hg.), Deutschland und der Marshall-Plan, Baden-Baden 1992, S. 16f.

³ Vgl. MARSHALL, John Catlett: The European Recovery Program. Remarks by Secretary Marshall, June 5, 1947, in: A Decade of American Foreign Policy. Basic Documents 1941-49, Washington 1950, S. 1269.

⁴ Zit. nach ebd. (Hervorhebungen von S. Scholer).

⁵ Zit. nach KENNAN, George F., Policy with respect to American aid to Western Europe (23.05.1947), in: The State Department Policy Planning Staff Papers 1947 (Bd. 1), New York 1983, S. 4.

⁶ Vgl. MAIER, Einleitung (Anm. 1), S. 21.

⁷ Zit. nach MARSHALL, The European Recovery Program (Anm. 3), S. 1268.

zu sein.⁸ Europa sollte folglich mit der Unterstützung der amerikanischen Regierung wieder selbstständiger und letztendlich von amerikanischer Hilfe unabhängig werden.

Im Rahmen des Marshall-Plans sollte die europäische Zusammenarbeit gezielt gefördert werden. Diese Kooperation sollte, wie bei Marshalls Rede und im PPS-1 schon ersichtlich wurde, bereits bei der Ausarbeitung des Planes selbst beginnen. Die europäischen Regierungen sollten sich zusammensetzen und ein Programm konzipieren, das die Wirtschaft Europas wieder ankurbelte und stabilisierte. Die Vereinigten Staaten wollten nur Hilfestellung leisten, indem sie den Europäern Kredite, Warenlieferungen und vor allem das nötige Know-how zur Verfügung stellten.

Damit dieses Programm funktionieren und neue politische sowie wirtschaftliche Stabilität herbeiführen konnte, musste laut den Vereinigten Staaten jedoch auch Deutschland mit einbezogen werden. Diese Tatsache sollte nach dem Zweiten Weltkrieg ein Problem darstellen. Viele Staaten waren nach dem von den Nazis über Europa gebrachten Leid nicht bereit, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Die Notwendigkeit einer Einbeziehung Deutschlands wurde auch im PPS-Paper vom 23. Juli 1947 hervorgehoben:

*The importance of Germany to general European recovery is well-known and requires no statistical illustration. [...] This is not a political statement but a bitter economic reality. And it would be improper to ask the American people to support measures ostensibly designed to bring about European recovery which did not include the restoration of the ability to contribute to that recovery either of Germany as a whole or at least of those parts of Germany subject to the control of the western powers.*⁹

Ein wirtschaftlich zerstörtes Deutschland würde demzufolge eine Erholung der gesamteuropäischen Wirtschaft verhindern. Deutschland besaß ein großes wirtschaftliches Potenzial, ohne welches Europa nicht wieder zu Wohlstand gelangen konnte, da die verschiedenen europäischen Wirtschaften voneinander abhängig waren.¹⁰ Es war folglich nicht möglich, Deutschland wirtschaftlich zu entmündigen, auch wenn seine ökonomische Macht während der Kriegsjahre zur Aufrüstung genutzt worden war. Den Amerikanern fiel die Aufgabe zu, den anderen europäischen Ländern die Angst vor dem Land zu nehmen, das den Kontinent jahrelang ins Unglück gestürzt hatte. Des Weiteren mussten sie die europäischen Regierungen davon überzeugen, dass die wirtschaftliche Stabilität Europas wesentlich von der Stabilität Deutschlands abhing. Der Marshall-Plan bedeutete aber auch für die

⁸ Vgl. ABELSHAUSER, Werner, Die Bedeutung des Marshall-Plans für Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum: Ein makroökonomischer Ansatz, in: MAIER/BISCHOF (Hg.), Deutschland und der Marshall-Plan (Anm. 2), S. 435.

⁹ Zit. nach KENNAN, George F., Certain aspects of the European problem from the United States standpoint (Preliminary Report) (23.7.1947), in: The State Department Policy Planning Staff Papers 1947 (Anm. 5), S. 55f.

¹⁰ Vgl. ABELSHAUSER, Werner, Zur Funktion des Marshall-Plans, in: SCHRÖDER, Hans-Jürgen (Hg.), Marshall-Plan und westdeutscher Wiederaufstieg, Stuttgart 1990, S. 175.

übrigen westeuropäischen Länder, dass sie auf Reparationsforderungen gegenüber Deutschland verzichten mussten.¹¹

Ein weiterer Aspekt, der mit der Reintegration Deutschlands verbunden war, war der, dass damit auch einem deutschen Bündnis mit der Sowjetunion jegliche Grundlage entzogen wurde. So konnten die Vereinigten Staaten die Kontrolle über Westdeutschland wahren. Charles Maier vertritt in seinem Beitrag zu dem Buch „Deutschland und der Marshall-Plan“ die Meinung, dass sich hier die Angst der Alliierten manifestierte, dass durch eine solche Union Deutschland versuchen könnte die verlorenen Gebiete im Osten zurückzuerlangen.¹² Er kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Integration Deutschlands nicht über Zwang erfolgen konnte, sondern nur, indem man ihnen mehr Autonomie zugestehen und eine Steigerung des Wohlstands erreicht würde.¹³ Diese These wurde schließlich durch den Erfolg des Planes bestätigt. Durch das „European Recovery Programm“ (ERP) wurde die Reintegration Deutschlands in Europa nicht nur gefördert sondern sogar erst ermöglicht. Daneben wurde aber auch die allgemeine europäische Zusammenarbeit gefördert und der Weg für ein geeintes Europa ohne Handelsschranken gebnet.

Ein weiteres, wenn nicht das erste Ziel des Marshall-Plans war es, den Kommunismus in Europa einzudämmen. Man hegte die Befürchtung, dass ein unstabiles wirtschaftliches Umfeld den Einfluss des Kommunismus in Europa erhöhen und somit die amerikanische Einflussosphäre verkleinern würde. Obschon Marshall in seiner Rede beteuerte, dass sich die Aufbaupolitik *not against any country or doctrine but against hunger, poverty, desperation, and chaos*¹⁴ richtete, kann dennoch davon ausgegangen werden, dass die amerikanische Regierung nicht als Ziel hatte die von der Sowjetunion kontrollierten Länder mit einzubeziehen. Aus dem Schreiben vom 23. Mai 1947 geht ganz klar hervor, dass man zwar die Ursachen der westeuropäischen Probleme nicht durch den Kommunismus begründet sah, man aber der Auffassung war, dass die Kommunisten diese Krise ausnutzen könnten und somit *a serious danger to American security*¹⁵ darstellen würden. Deswegen sollte nicht der Kommunismus, sondern *the economic maladjustment which makes European society vulnerable to exploitation by any and all totalitarian movements and which Russian communism is now exploiting*¹⁶ bekämpft werden. Auch wenn die Amerikaner die kommunistischen Länder nie explizit aus dem Marshall-Plan ausschlossen, wird hier deutlich, dass kein Interesse daran bestand, sie darin zu integrieren. In diesem Punkt ist sich auch die Forschungsliteratur einig. Charles Maier bemerkt hierzu, dass ab dem Zeitpunkt, wo der Marshall-Plan ins Auge gefasst wurde, die meisten amerikanischen Politiker die *Teilung in eine sowjetische und eine amerikanische Einflussosphäre schlicht und einfach als Faktum*¹⁷ akzeptiert hatten. Es ging den Vereinigten Staaten demnach ganz klar darum, sich mit Hilfe

¹¹ Vgl. MAIER, Einleitung (Anm. 2), S. 35.

¹² Vgl. MAIER, Einleitung (Anm. 2), S. 44.

¹³ Ebd.

¹⁴ Zit. nach MARSHALL, The European Recovery Program (Anm. 3), S. 1269.

¹⁵ Zit. nach KENNAN, Policy (Anm. 5), S. 5.

¹⁶ Zit. nach ebd.

¹⁷ Zit. nach MAIER, Einleitung (Anm. 2), S. 22.

des ERP eine Einflussosphäre in Westeuropa zu sichern und sich nur noch auf die an diesem Programm teilnehmenden Länder zu konzentrieren. Dahinter steckte ein geschickter taktischer Zug der amerikanischen Regierung, die bei einer Nicht-Teilnahme der Sowjetunion immer noch anführen konnte, dass man es ihnen ja angeboten hätte.¹⁸ Axel Lehmann sieht in dieser Tatsache auch eine Möglichkeit für die USA, die Schuld an der Teilung Europas der Sowjetunion zuzuschieben.¹⁹ Dieser Theorie kann nur zugestimmt werden. Der Marshall-Plan band die westeuropäischen Länder an die Vereinigten Staaten, somit war die Sowjetunion hier ausgeschlossen und eine Teilung Europas in zwei Lager wurde unvermeidlich.

Bei näherer Betrachtung des PPS-Paper vom 23. Mai wird auch klar, dass die Hilfe vor allem an die westeuropäischen Staaten gerichtet war und nicht, wie in Marshalls Rede beteuert wurde, an alle europäischen Länder. Die Länder des Ostblocks wurden nur aus rein diplomatischen Gründen nicht explizit ausgeschlossen. In diesem Schreiben wird fortwährend von *American aid to western Europe*²⁰ gesprochen, sogar der Titel des Schriftstücks weist schon darauf hin.

Ein weiterer Aspekt des Marshall-Plans, der nicht außer Acht gelassen werden kann, ist, dass dieser durchaus kein selbstloses Programm war, das nur darauf abzielte, den Europäern zu helfen. Die Amerikaner wollten auch für sich selbst Vorteile herausziehen. Sie versuchten auf diese Weise ihre Einflussosphäre zu erweitern und einen Absatzmarkt für amerikanische Produkte zu schaffen.²¹ In der Tat sollte sich ein starkes Europa als ein guter Handelspartner für die amerikanische Wirtschaft erweisen. Der Marshall-Plan ebnete somit den Weg zur Globalisierung und Liberalisierung der Märkte.²² Die Vereinigten Staaten konnten sich mit Hilfe des Marshall-Plans in Westeuropa eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Einflussosphäre schaffen.

Es muss an dieser Stelle aber auch erwähnt werden, dass es in den Vereinigten Staaten nicht nur Befürworter dieses Plans gab. Die Gegner des Programms hatten die Befürchtung, dass der Plan negative Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft haben könnte. Diese Kritiker konnten erst durch viel Aufklärungsarbeit und Lobbykampagnen von dem Nutzen des ERP, auch für die amerikanische Wirtschaft, überzeugt werden.²³

Zusammenfassend kann man daher sagen, dass der Marshall-Plan fünf große Ziele verfolgte. Zunächst sollte er die zerstörte europäische Wirtschaft wieder ankurbeln und somit den Wiederaufbau des Kontinents vorantreiben. Er sollte wieder ein stabiles wirtschaftliches und politisches Klima in Westeuropa schaffen. Der primäre Zweck des Planes war es, *die Wiederherstellung und Entfaltung eines offenen, pro-*

¹⁸ Vgl. LEHMANN, Axel, Der Marshall-Plan und das neue Deutschland. Die Folgen amerikanischer Besatzungspolitik in den Westzonen (Internationale Hochschulschriften, 335), Münster 2000, S. 45.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Zit. nach KENNAN, Policy (Anm. 5), S. 3-11.

²¹ Vgl. TARNOFF, Curt, Die USA und das europäische Wiederaufbauprogramm, in: 50 Jahre Marshall-Plan, hrsg. v. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1997, S. 34.

²² Vgl. HARDACH, Gerd, The Marshall-Plan, in: JUNKER, Detlef (Hg.), The United States and Germany in the era of the Cold War, 1945-1968. A Handbook, vol. 1, New York 2004, S. 303.

²³ Vgl. TARNOFF, Die USA (Anm. 21), S. 32.

*sperierenden Handels- und Wirtschaftssystemen*²⁴ zu erreichen, das die europäischen Länder vor Instabilität und Armut bewahren sollte.

Ein zweites Ziel bestand darin, mittels eines stabilen Europa einen Absatzmarkt für amerikanische Produkte und eine politische Einflussphäre zu schaffen.

Daraus folgte das dritte Anliegen des Programms, eine Ausbreitung des Kommunismus auf Westeuropa zu verhindern, was durch die Einflussnahme der Amerikaner schließlich auch realisiert werden konnte.

Eine weitere Intention des Plans war es, die europäische Zusammenarbeit zu fördern. Die europäischen Nationen sollten sowohl wirtschaftlich als auch politisch kooperieren.

Im Zusammenhang mit dieser europäischen Zusammenarbeit verfolgte das European Recovery Program als fünftes Ziel, vor allem das besiegte Deutschland in das westeuropäische Industriegefüge zu reintegrieren. Das deutsche Wirtschaftspotenzial war von erheblicher Bedeutung für die Gesundung der gesamteuropäischen Ökonomie. So verfügte Deutschland z. B. auf Grund seiner wirtschaftlichen Ressourcen über Zubehör und Ersatzteile, die im europäischen Ausland dringend benötigt wurden.²⁵ Diese europäische Kooperation sollte langfristig zur Gründung der europäischen Union und einer Öffnung der Grenzen führen.

Die Vereinigten Staaten waren aus diesem Krieg weitgehend ohne Zerstörungen hervorgegangen und nicht wie die europäischen Länder von den Folgen des Krieges stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Dies ist einer der Gründe, weshalb sie nach dem Zweiten Weltkrieg eine solche Vormachtstellung einnahmen und diese Form von Hilfe leisten konnten. Dessen ungeachtet muss aber auch bemerkt werden, dass Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ohne diese Hilfe nicht überlebensfähig gewesen wäre. Es war für viele Staaten die einzige Möglichkeit wieder zu Stabilität und Wohlstand zu gelangen.

Bevor die Marshall-Hilfen für das Großherzogtum Luxemburg an sich näher betrachtet werden können, muss die Situation des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt werden, damit eine Beurteilung der Ausgangslage möglich wird.

Luxemburgs Situation nach dem Zweiten Weltkrieg

Luxemburg hatte nach dem Zweiten Weltkrieg, wie die meisten anderen europäischen Länder, mit den Folgen des Krieges zu kämpfen. Die politische und soziale Situation Luxemburgs war ähnlich schwierig wie der meisten anderen europäischen Ländern. Dennoch hatte das Großherzogtum mit einigen für das Land spezifischen Problemen zu kämpfen.

Am 23. September 1944 kehrte die luxemburgische Regierung nach über vier Jahren aus dem Londoner Exil zurück.²⁶ Nach ihrer Ankunft musste sie sich in einer

²⁴ Zit. nach KNAPP, Manfred, Das Deutschlandproblem und die Ursprünge des Europäischen Wiederaufbauprogramms. Eine Auseinandersetzung mit John Gimbels Marshall-Plan-Thesen, in: SCHRÖDER (Hg.), Marshall-Plan (Anm. 10), S. 25.

²⁵ Vgl. BUCHHEIM, Christoph, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 31), München 1990, S. 172.

²⁶ Vgl. THEWES, Guy, Les Gouvernements du Grand-Duché de Luxembourg depuis 1848, Luxembourg 2006, S. 116.

ersten Phase wieder einleben und außerdem mit den Mitgliedern der Resistenz auseinandersetzen. Nicht überall in der luxemburgischen Gesellschaft war es nämlich gut aufgenommen worden, dass die luxemburgische Führungsspitze im Mai 1940 das Land verlassen hatte. Unter diesen Kritikern befanden sich auch viele der späteren Widerständler. Viele von ihnen fühlten sich von der Regierung im Stich gelassen. Dies erklärt auch die Unstimmigkeiten, die es nach der Rückkehr aus dem Exil gab. Nach der Befreiung hatten die verschiedenen Widerstandsgruppen – die sich in der „Uni'on vun de Letzebuerger Freihétsorganisatio'nen“²⁷ zusammengeschlossen hatten – und ihre Miliz die Macht übernommen.²⁸ Sie sorgten dafür, dass es zu keinen Unruhen kam, und übernahmen auch die Verhaftung von Kollaborateuren.

Nach der Rückkehr der Mitglieder der Exilregierung hatten viele Widerstandskämpfer Schwierigkeiten damit, dass diese jetzt wieder regieren sollten, obwohl sie in ihren Augen während der Kriegsjahre nicht da gewesen waren, um das Land zu unterstützen. Staatsminister Pierre Dupong versuchte die Wogen zu glätten, indem er die Regierung durch die Miteinbeziehung der Widerstandskämpfer erweiterte.²⁹ Während des Krieges hatte die Regierung – soweit es möglich war – versucht, die Regierungsgeschäfte aus dem Exil fortzuführen und die Interessen des Landes zu vertreten.

Im November 1944 wurde der Militärdienst von der Exilregierung eingeführt, um der nationalen und internationalen Lage entsprechend Soldaten stellen zu können.³⁰ Damit gab das Land endgültig seinen Neutralitätsstatus auf, denn als neutraler Staat hatte es vorher keine bewaffneten Streitkräfte besessen.³¹ Offiziell wurde der Status der Neutralität erst durch eine Änderung der Verfassung im Jahre 1948 abgeschafft.³²

Großherzogin Charlotte entwickelte sich zu jener Zeit zu einer Art Nationalsymbol für den Widerstand und das Durchhaltevermögen der Bevölkerung. Sie hatte sich während des fast fünf Jahre dauernden Exils immer wieder in Radioansprachen über die BBC an das luxemburgische Volk gewandt und es zum Durchhalten aufgefordert. Darüber hinaus leistete sie auch nach ihrer Rückkehr aus dem Exil hervorragende Arbeit, indem sie als Vermittlerin zwischen den Widerständlern und der Exilregierung fungierte. Sie wurde zu einer Art Bindeglied zwischen Regierung und Resistenz. So hielt sie nach ihrer Rückkehr aus dem Exil am 16. April 1945 ihre erste Rede in der Abgeordnetenversammlung, mit der sie versuchte die Konflikte beizulegen. Sie versicherte, dass sie während der Kriegsjahre die Menschen in

²⁷ Union der luxemburgischen Freiheitsorganisationen.

²⁸ Vgl. DOSTERT, Paul, La résistance contre l'occupant allemand 1940-1944, in: ...et wor alles net esou einfach. Questions sur le Luxembourg et la Deuxième Guerre mondiale, hg. v. Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg (Publications scientifiques, 10), Luxembourg 2002, S. 115.

²⁹ Vgl. THEWES, Les Gouvernements (Anm. 26), S. 117.

³⁰ Vgl. TRAUSCH, Gilbert, Le Luxembourg à l'époque contemporaine (du partage de 1839 à nos jours), Luxembourg 1975, S. 167.

³¹ Vgl. KAYSER, Steve, De la neutralité à l'engagement (1926-1949). L'impact de la Seconde Guerre mondiale sur le statut international du Grand-Duché de Luxembourg, in: ...et wor alles net esou einfach (Anm. 28), S. 183.

³² Vgl. KAYSER, De la neutralité (Anm. 31), S. 186.

Luxemburg begleitet und mit ihnen die Opfer beweint habe.³³ Des Weiteren bemerkte die Großherzogin gegenüber den Mitgliedern der Resistenz, dass der Widerstand und der Mut der Bevölkerung sich gesteigert hätten, je härter die Prüfungen geworden seien.³⁴ Darüber hinaus habe sie *le coeur reconnaissant et fier*³⁵ den hartnäckigen Kampf der Widerständler gegen *la tyrannie de fer et de sang du régime nazi*³⁶ verfolgt. Mit diesen Worten anerkannte Großherzogin Charlotte die Verdienste des Widerstands und konnte somit die Kritiker der Regierung etwas besänftigen.

Innenpolitisch stellten sich noch einige andere Herausforderungen für die Nachkriegsregierung. So musste man neben dem Wiederaufbau des Landes die Bevölkerung versorgen sowie die Rückführung der luxemburgischen Umgesiedelten und der Zwangsrekrutierten, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren, organisieren. Des Weiteren mussten die staatlichen Institutionen von Anhängern des Naziregimes gesäubert werden. Die Kollaborateure, die sogenannten „Gielemännercher“, mussten ausfindig gemacht und vor Gericht gestellt werden.³⁷

Am 5. September 1945 wurde die Abgeordnetenkammer zum ersten Mal wieder einberufen.³⁸ Es kam zu einem Wiederaufbau des Parteiensystems, wie es vor dem Zweiten Weltkrieg existiert hatte. Die alten Parteien formierten sich erneut, jedoch auf einer neuen Grundlage. So wurde z. B. aus der Rechtspartei eine christlich-soziale Partei unter dem Namen „Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei“ (CSV).³⁹

Im Rahmen des Wiederaufbaus wurde ein Amt für Kriegsschäden eingerichtet, das auch die Reparationsforderungen gegenüber Deutschland aufstellen sollte.⁴⁰ Die Gebiets- und Wirtschaftsforderungen, die hier ausgearbeitet wurden, werden in Hinsicht auf die SEO noch von grundlegender Bedeutung sein.

Mit dem Gang ins Exil kam es auch zu einer endgültigen Wende in der luxemburgischen Außenpolitik. Die Aufgabe seiner Neutralität brachte Luxemburg ein größeres Ansehen im Ausland ein und half dem Land nach dem Krieg, wieder schneller auf die Beine zu kommen. Als Gründungsmitglied der Vereinten Nationen (1945) hatte Luxemburg das Recht auf internationale Hilfe. Der luxemburgische Historiker Christian Calmes spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die Aufgabe des Neutralitätsstatus der Weg *zur realen Unabhängigkeit* des Landes dargestellt habe⁴¹. Luxemburg wurde nicht mehr dem Diktat der Alliierten unterworfen, son-

³³ Allocution de son Altesse Royale Madame la Grande-Duchesse Charlotte à l'occasion de la séance solennelle pour commémorer son retour au pays du 16.04.1945, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg*, Luxembourg 1945, S. 77.

³⁴ Zit. nach ebd.

³⁵ Zit. nach ebd.

³⁶ Zit. nach ebd.

³⁷ Vgl. CERF, Paul, *L'épuration, ou de la difficulté de laver en famille du linge sale éclaboussé de taches tenaces*, in: ... et wor alles net esou einfach (Anm. 28), S. 292.

³⁸ Vgl. CALMES, Christian und BOSSAERT, Danielle, *Geschichte des Großherzogtums Luxemburg. Von 1815 bis heute*, Luxembourg 1996, S. 422.

³⁹ Vgl. TRAUSCH, Le Luxembourg (Anm. 30), S. 161.

⁴⁰ Vgl. CALMES/BOSSAERT, *Geschichte* (Anm. 38), S. 423.

⁴¹ Zit. nach CALMES/BOSSAERT, *Geschichte* (Anm. 38), S. 410.

dem konnte selbst mitbestimmen und Forderungen stellen. Es kam folglich zu einer Eingliederung Luxemburgs in die internationale Gemeinschaft.

Dies drückte sich vor allem in den vielen internationalen Verträgen sowie der Mitbegründung einer Vielzahl internationaler Organisationen aus. Das Land wurde in internationale Entscheidungen miteinbezogen und konnte seine Interessen besser denn je verteidigen.

Im Exil hatte man zudem viele neue Kontakte zu ausländischen Politikern und Wirtschaftskreisen knüpfen können, die nach dem Krieg von großem, vor allem wirtschaftlichem Nutzen sein sollten. Noch vor der Befreiung Luxemburgs wurde am 5. September 1944 mit den Niederlanden und Belgien eine Zollunion gegründet.⁴² Die Benelux sollte in einem ersten Schritt den drei Ländern dabei helfen, den großen Mächten gegenüber stärker aufzutreten und die eigenen Interessen besser zu verteidigen. In einem nächsten Schritt sollte diese Zollunion schließlich zu einer Wirtschaftsunion werden.⁴³ Die bereits vor dem Krieg existierende Union mit Belgien, die UEBL, wurde fortgesetzt.⁴⁴ Die Beziehungen zu dem Nachbarland hatten sich – im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit – entscheidend verbessert. Die Ursache hierfür kann in der gemeinsamen Exilerfahrung der beiden Regierungen gesehen werden.⁴⁵

Die politische und soziale Situation Luxemburgs hatte sich also nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich zugespitzt. Vom sozialen Standpunkt her hatte Luxemburg schwere Verluste hinnehmen müssen. 58,3 % des Gesamtterritoriums waren zerstört worden, und von den damals 281 572 Einwohnern waren 108 744 Kriegsgeschädigte.⁴⁶ Priorität musste demnach die Wiederherstellung einer stabilen politischen und sozialen Situation im Großherzogtum haben.

Gerade im Hinblick auf die Anfänge der Oortalsperre muss erwähnt werden, dass das kleine Land durch die nationalsozialistische Besatzung schwer gezeichnet war. Die deutsche Besatzung hatte das Land zwar als Nation gestärkt, auf der anderen Seite jedoch auch tiefe Narben hinterlassen. Eine gewisse Angst und Skepsis gegenüber Deutschland blieb bestehen und man versuchte sich in dieser Hinsicht abzusichern. Innenpolitisch herrschte zu jener Zeit ein gereiztes Klima. Die geringe Größe des Landes brachte ein Problem mit sich, das andere Nationen nicht hatten. Jeder wusste, wer mit den Besatzern kollaboriert hatte, und dementsprechend wurden diese Menschen sozial marginalisiert.

Stand der Elektrifizierung

Die vielen Zerstörungen, die das Land erlitten hatte, hatten auch das Elektrizitätsnetz nicht verschont. 1928 war die eigentliche Elektrifikation Luxemburgs mit der Gründung der Verteilergesellschaft „Compagnie Grand-Ducale d'électricité du Luxembourg“ (Cegedel) und dem Vertrag mit deren Lieferanten, der „Société de transport d'énergie électrique du Grand-Duché de Luxembourg“ (Sotel), abge-

⁴² Vgl. GROSBOIS, Thierry, Le rôle du Luxembourg dans la naissance du Benelux, in: ... et wor alles net esou einfach (Anm. 28), S. 195.

⁴³ Vgl. TRAUSCH, Histoire du Luxembourg, Paris 1992, S. 188.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Vgl. CALMES/BOSSAERT: Geschichte (Anm. 37), S. 417.

schlossen. Demnach waren die meisten Städte und Dörfer bereits an die Stromversorgung angeschlossen.⁴⁷ Ende des Zweiten Weltkrieges lagen viele Regionen Luxemburgs in Schutt und Asche. Das Stromnetz war durch die vor allem im Norden und Osten des Landes stattgefundenen Kämpfe sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Reparatur dieser kriegsbedingten Schäden war folglich eine der ersten Prioritäten der damaligen Energiepolitik.

Ab Januar 1945 wurde mit der Instandsetzung der Leitungen begonnen.⁴⁸ Da ein äußerst strenger Winter herrschte, der die Arbeiten erheblich erschwerte, sollten in einem ersten Schritt nur die dringlichsten Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden. Das „Luxemburger Wort“ berichtete am 9. März 1945 über die Probleme, die sich bei der Reparatur der Leitungen stellten. Neben den widrigen Wetterbedingungen mangelte es vor allem an Material, es gab Schwierigkeiten die Handwerker zu ernähren und unterzubringen, und viele Grundstücke waren noch nicht von Minen gesäubert worden.⁴⁹

Zu den kriegsbedingten Schäden kam noch hinzu, dass das Stromnetz an sich modernisiert werden musste, um den Bedürfnissen der gestiegenen Energienachfrage Folge leisten zu können. Vor allem in der Schwerindustrie war eine Modernisierung der Anlagen dringend erforderlich.⁵⁰ 1948 bemerkte der Wirtschaftswissenschaftler Carlo Hemmer, dass die luxemburgische Industrie vor einem *programme de rééquipement et de modernisation très considérable*⁵¹ stand. Die Stromlieferungen Luxemburgs wurden nämlich zu 98 % von thermischen Anlagen geliefert.⁵² Als es 1947 in Folge der schlechten wirtschaftlichen Bedingungen zu einer Kohleknappheit in Europa kam, führte dies dazu, dass die Stahlwerke ihre Stromlieferungen verringerten.⁵³ Strom wurde zu einem knappen Gut und verschiedene europäische Länder, wie z. B. Frankreich, rationierten die elektrische Energie.⁵⁴ Auch in Luxemburg hatte man 1947 Probleme, die Stromlieferungen zu garantieren. Es wurden zwar keine Einschränkungen festgelegt, dennoch wurde den Menschen nahegelegt, weniger Strom zu verbrauchen.⁵⁵ Die Situation in der luxemburgischen Energiewirtschaft war primär dadurch bestimmt, dass das Land die gesamte zur Stromproduktion benötigte Kohle importieren musste; es war demzufolge komplett vom Ausland abhängig. Des Weiteren bezog das Großherzogtum auch seine Stromlieferungen zum größten Teil aus dem nahen Ausland,

⁴⁷ Vgl. BALDAUFF, Paul, L'électrification générale du Grand-Duché de Luxembourg, in: Revue technique luxembourgeoise von Oktober 1965, S. 2.

⁴⁸ Vgl. FELTES, Paul, L'électrification du Luxembourg. Genèse et développement de la CEGEDEL (1928-2003), Luxembourg 2003, S. 119.

⁴⁹ Vgl. Das verwüstete Hochspannungs-Verteilungsnetz, in: Luxemburger Wort Nr. 68 vom 9.03.1945, S. 2.

⁵⁰ Vgl. Service Information et Presse, Le Grand-Duché de Luxembourg et le Plan Marshall, Luxembourg 1949, S. 15.

⁵¹ Zit. nach ebd.

⁵² Vgl. FELTES, L'électrification (Anm. 48), S. 123.

⁵³ Vgl. MANDRES, François, Organisation Européenne de Coopération Économique (OECE) (Plan Marshall). Plan de modernisation et d'équipement dans le domaine de l'électricité dans le Grand-Duché de Luxembourg, Luxembourg 1953, Kapitel IV, S. 3.

⁵⁴ Vgl. FELTES, L'électrification (Anm. 48), S. 123.

⁵⁵ Ebd.

was eine zusätzliche Abhängigkeit bedeutete.⁵⁶ Dies führte schließlich dazu, dass die Regierung es als unentbehrlich erachtete, nach Alternativen für fossile Energien zu suchen.

Die Wasserenergie wurde letztendlich eine immer attraktiver erscheinende Ausweichmöglichkeit, die nicht von den Kohlepreisen abhängig war. Robert Schaffner, Minister für Elektrizität, hatte ebenfalls erkannt, dass der Bau von Wasserkraftwerken eine Möglichkeit war, unabhängiger von fossilen Energieträgern zu werden.⁵⁷ Zu jener Zeit existierten in Luxemburg bereits 18 kleinere, private Wasserkraftwerke. Die Regierung schloss in einem ersten Schritt eine Vereinbarung mit diesen ab, um sie an das Netz der Cegedel und Sotel anzubinden.⁵⁸ Man konnte so das Potenzial an verfügbarer elektrischer Energie erhöhen und auf eine Stromquelle nicht-thermischer Herkunft zurückgreifen. Des Weiteren hatte man ältere Projekte von Wasserkraftwerken wieder aufgenommen und einer erneuten Prüfung unterzogen, so auch das Projekt einer Talsperre an der Our.

Das Interesse an einer hydraulischen Energieproduktion rührte auch daher, dass der amerikanische Marshall-Plan die Ausnutzung der in Europa noch nicht viel verwendeten Wasserenergie entscheidend förderte. Die Unterstützung der Wasserenergie seitens der Amerikaner hatte ihren Ursprung in dem Kohlemangel in Europa. Diese Form der Stromproduktion sollte eine Maßnahme zur Einsparung von Kohle sein.

Ein weiteres Projekt der Regierung bestand in der Elektrifizierung der Eisenbahnen.⁵⁹ Bis dahin wurden die Lokomotiven ausschließlich mit Kohlen angetrieben. Infolge der schon erwähnten Knappheit an diesem fossilen Brennmittel war der Umstieg auf elektrisch angetriebene Züge eine weitere Möglichkeit, weniger Kohle zu verbrauchen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren demnach im Regelfall die meisten Haushalte Luxemburgs an das Stromnetz angeschlossen. Infolge der Kriegshandlungen waren das Land und sein Stromnetz jedoch schwer beschädigt worden und mussten zuerst wieder aufgebaut werden. In einem zweiten Schritt wurden Modernisierungen, vor allem in den Werken der Stahlindustrie, vorgenommen, um den neuen Anforderungen Rechnung zu tragen. Um der Kohleknappheit und der Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland entgegenzuwirken, machte sich die Regierung schließlich auf die Suche nach Alternativen zur thermischen Energie. In diesem Zusammenhang wurde die Diskussion über die Errichtung von Wasserkraftwerken wieder aufgenommen. Doch Luxemburg war für die Erbauung der angestrebten Wasserkraftwerke auf ausländische Investoren angewiesen. Das kleine Land verfügte nicht über die nötigen finanziellen Mittel, um solche Projekte zu verwirklichen.

⁵⁶ Vgl. MANDRES, François, *Electrification (Barrages de l'Our, de la Sûre, etc.) et reconstruction nationale*, Luxembourg 1945, S. 6.

⁵⁷ Vgl. *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg*. Session Ordinaire de 1948-1949, Sitzung vom 15.03.1949, S. 936.

⁵⁸ Vgl. MANDRES, *Electrification* (Anm. 56), S. 21.

⁵⁹ Vgl. FELTES, *L'électrification* (Anm. 48), S. 123f.

Marshall-Hilfen für Luxemburg

Am 12. Juli 1947 versammelten sich Vertreter von 16 europäischen Ländern in Paris, um über die angebotenen Marshall-Plan-Hilfen zu diskutieren und eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik aufzubauen.⁶⁰ Aus diesem Treffen heraus entstand schließlich am 16. April 1948 die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE), die über die Verwendung der Marshall-Hilfen wachen sollte.⁶¹ Bei jeder dieser Verhandlungen war auch die luxemburgische Regierung vertreten. Dieses Kapitel soll einen Überblick über die allgemeinen Marshall-Hilfen geben, die dem Großherzogtum Luxemburg zugestanden wurden.

Bedingt durch die Größe des Landes, befand sich Luxemburg bei den Marshall-Plan-Hilfen in einer speziellen Situation. Diese besondere Lage war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass das Großherzogtum vom Ausland und dessen wirtschaftlicher Verfassung abhängig war. Ging es den anderen Ländern schlecht, so hatte dies auch negative Auswirkungen auf Luxemburg. Die luxemburgische Wirtschaft lebte vom Export ins europäische Ausland. Umgekehrt mussten die meisten Waren, die im Großherzogtum benötigt wurden, importiert werden. Das kleine Land war von wirtschaftlichen Bündnissen abhängig; es konnte nicht auf sich alleine gestellt überleben.

Aus dem Gesetzentwurf Nr. 20 (234) betreffend das Abkommen zur OECE, der dem Staatsrat zur Prüfung vorgelegt wurde, geht hervor, dass die luxemburgische Regierung verstanden habe [...] *qu'une petite nation surtout qui, dans les circonstances actuelles, voudrait s'isoler au milieu d'un monde qui s'organise sur d'autres bases se suiciderait*⁶². Die Politiker jener Zeit waren sich also durchaus der Wichtigkeit und Unumgänglichkeit einer luxemburgischen Teilnahme am Marshall-Plan bewusst. In seiner Funktion als Berichterstatter der Zentralsektion erklärte dementsprechend auch der christlich-soziale Abgeordnete Fernand Loesch am 17. März 1949 während der Kammerdebatte:

*A l'égard d'une telle oeuvre de solidarité européenne, le Grand-Duché de Luxembourg ne saurait rester indifférent ni adopter une attitude passive. Conscient de ses intérêts bien compris et de ses devoirs à l'égard de l'unité économique européenne, il doit prendre position et occuper sa place dans cette nouvelle organisation. L'exiguïté de son territoire n'a pas permis dans le passé à notre pays de faire une politique économique propre, confinée à l'intérieur de ses frontières. [...] D'où à présent la nécessité de collaborer avec ses voisins et avec tous les autres pays.*⁶³

Luxemburg hatte also mehr noch als andere Nationen ein Interesse daran, dass die westeuropäische Wirtschaft wieder in Schwung kam. Die Regierung versuchte

⁶⁰ Vgl. TRAUSCH, Histoire (Anm. 43), S. 194.

⁶¹ Ebd.

⁶² Zit. nach *Projet de loi portant approbation de l'Acte Final de la Seconde Session du Comité Économique Européen, de la Convention de Coopération Économique Européenne, du Protocole additionnel sur la Capacité Juridique, les Privilèges et les Immunités de l'Organisation ainsi que du Protocole additionnel sur le régime financier de l'Organisation*, signés à Paris le 16 avril 1948, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 77.

⁶³ Zit. nach LOESCH, Fernand, *Rapport de la section centrale in der Sitzung vom 17.03.1949*, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 1040.

die Chance, die dieses Aufbauprogramm bot, wahrzunehmen und den Anschluss an den internationalen Wirtschaftsaufschwung nicht zu verpassen. Diese Aussage machte allerdings auch deutlich, dass man gewillt war, seine eigenen Interessen zu vertreten. Man wollte nicht mehr, wie in der Zwischenkriegszeit, nur passiv an den internationalen Beziehungen teilnehmen.

Grundsätzlich waren demzufolge die Parteien des Landes (mit Ausnahme der KPL) diesem Aufbauprogramm gegenüber wohlgesinnt. Die einzige Bedingung, welche die Abgeordneten verwirklicht sehen wollten, war, dass die Interessen des Landes gewahrt, ein ausreichender Schutz gegenüber Deutschland gegeben und das Großherzogtum an sich als souveräne, eigenständige Nation anerkannt werden würde. Dies konnte schließlich auch zum größten Teil umgesetzt werden. Lediglich die kommunistische Partei sprach sich gegen das ERP aus und stimmte als einzige mit 5 gegen 46 Stimmen gegen die Umsetzung des Marshall-Plans in Luxemburg.⁶⁴ Der kommunistische Politiker Dominique Urbany hielt am 17. März 1949 während der Kammerdebatte eine Rede zur Marshall-Plan-Thematik, in welcher er versuchte darzulegen, weshalb das Land nicht an diesem Programm teilnehmen sollte. Er bemängelte, dass diese Pläne nicht nur eine wirtschaftliche Rolle spielten, sondern vor allem eine politische Bedeutung hätten, die das Großherzogtum für die weitere Zukunft an die Vereinigten Staaten binden würde.⁶⁵ Er war der Meinung, dass die Amerikaner das Ziel verfolgten, die westeuropäischen Staaten von sich abhängig zu machen und für ihre politischen Zwecke auszunutzen.⁶⁶ Nicht Frieden, sondern Krieg würde mit dem ERP geschaffen.⁶⁷ In diesem Zusammenhang sprach Urbany vom *amerikanische Kriechblock*.⁶⁸

In einer weiteren Rede in der Kammersitzung vom 22. März 1949 behauptete der kommunistische Politiker, dass die Sowjetunion nur friedliche Absichten verfolge.⁶⁹ Die Amerikaner würden gegen sie hetzen.⁷⁰ Diese Stelle zeigt folglich ganz deutlich den Einfluss des beginnenden Kalten Krieges und der damit verbundenen Probleme, auch im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan.

Der weitere Verlauf und der Einsatz der Marshall-Hilfen hat die Entscheidung der luxemburgischen Regierung, dem Programm beizutreten, im Endeffekt bestätigt. Die luxemburgische Regierung war sich sehr wohl der Tatsache bewusst, dass die amerikanische Regierung mit diesem Programm auch eigene Interessen verfolgte. Der Abgeordnete Adrien van Kauenbergh führte in seiner Rede zum Marshall-Plan an, dass, obwohl die Vereinigten Staaten mit diesen Hilfen eigene Interessen

⁶⁴ Abstimmung zu den Gesetzentwürfen zu den Marshall-Planhilfen während der Sitzung vom 22.03.1949, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 1072.

⁶⁵ Vgl. URBANY, Dominique, Rede in der Sitzung vom 17.03.1949, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 1048.

⁶⁶ Vgl. URBANY: Rede (Anm. 65), S. 1051.

⁶⁷ Vgl. URBANY: Rede (Anm. 65), S. 1062.

⁶⁸ Zit. nach ebd.

⁶⁹ Vgl. URBANY, Dominique: Rede in der Sitzung vom 22.03.1949, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 1091.

⁷⁰ Ebd.

verfolgen würden, diese dennoch einen Akt der Großzügigkeit und Solidarität darstellten.⁷¹

Die Argumentation Dominique Urbanys bestand zu weiten Teilen in einer Schwarz-weißmalerei der Dinge, wie sie allerdings auch von Seiten der Amerikaner und ihrer Verbündeten betrieben wurde. Die Debatte spiegelte den Ost-West-Konflikt jener Zeit auf lokaler Ebene wider.

Das ERP sah Luxemburg und Belgien, da sie eine wirtschaftliche Gemeinschaft bildeten, als Einheit an.⁷² Aus diesem Grund gingen die Gelder an die UEBL und wurden anschließend unter den Ländern aufgeteilt. Luxemburg bekam von den Marshall-Plan-Geldern, die der UEBL zugesprochen wurden, 3,5 Millionen Dollar an Krediten, 98 275 Dollar an Spenden, und schlussendlich bestanden noch 207 Millionen Dollar in der sogenannten *Aide conditionnelle*⁷³. Diese *Aide conditionnelle* bestand darin, dass ausländische Importeure, die Schulden bei der UEBL hatten, über Dollarmittel verfügten, um luxemburgische Produkte zu kaufen.⁷⁴ Somit kamen über die ausländischen Handelspartner Luxemburgs Gelder in der luxemburgischen Wirtschaft in Umlauf.

Die luxemburgische Regierung stellte zudem eine Liste mit verschiedenen Projekten zusammen, die im Rahmen des Marshall-Planes realisiert werden sollten, und legte diese der OECE vor. Insgesamt wurden 1948 22 Projekte vorgelegt.⁷⁵ Hierbei handelte es sich vorwiegend um Maßnahmen, welche die weitere Elektrifizierung des Landes betrafen. Allein elf dieser Projekte sahen die Ausnutzung hydraulischer Energie vor. Des Weiteren zählten auch noch die Elektrifizierung der Eisenbahn und die Moselkanalisierung zu den Unternehmen, welche der OECE unterbreitet wurden.⁷⁶

Ein anderer wichtiger Aspekt, der im Rahmen der Marshall-Hilfen für Luxemburg zu erwähnen bleibt, ist die Forderung nach deutschen Reparationen. Obwohl der Marshall-Plan zum Ziel hatte, die Reparationsforderungen an Deutschland teilweise zu kompensieren, wollte auch Luxemburg nicht ganz auf Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Schäden verzichten. In diesem Zusammenhang sollen das Regierungsmemorandum vom 27. November 1946 sowie die Berichte der Kammerdebatten vom 22. März und vom 1. Juni 1949 analysiert werden. Das größte Interesse der großherzoglichen Regierung lag nicht bei den Reparationen an sich, sondern beim Schutz vor einem erneuten deutschen Angriff. Der christlich-soziale Außenminister Joseph Bech beschrieb die luxemburgische Politik gegenüber Deutschland während der Kammersitzung vom 22. März 1949 wie folgt: *Notre politique vis-à-vis de l'Allemagne a pour but principal de nous*

⁷¹ Vgl. VAN KAUVENBERGH, Adrien: Rede in der Sitzung vom 22.03.1949, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 1110.

⁷² Vgl. Economic Cooperation Administration (Hg.), *European Recovery Program. Belgium & Luxembourg Country Study*, Washington 1949, S. 1.

⁷³ Vgl. Vor fünfzig Jahren. Luxemburg und der Marshall-Plan (III), in: *Luxemburger Wort* Nr. 197 vom 28.08.1998, S. 3.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Vgl. Vor fünfzig Jahren. Luxemburg und der Marshall-Plan (V), in: *Luxemburger Wort* Nr. 200 vom 2.09.1998, S. 3.

⁷⁶ Ebd.

*assurer un maximum de garanties et de sécurité.*⁷⁷ Um diese Sicherheit zu erlangen, stellte der luxemburgische Staat vier größere Forderungen:

Eine erste Forderung bestand darin, dass man die Grenzflüsse, die bis dato sowohl von Deutschland als auch von Luxemburg kontrolliert wurden, unter luxemburgische Hoheit gestellt sehen wollte.⁷⁸ In diesem Zusammenhang wollte man darüber hinaus, dass die an die Flüsse angrenzenden Territorien auf der deutschen Seite ebenfalls an Luxemburg abgetreten würden.⁷⁹ Hierbei handelte es sich um Territorien, die zwischen 1 und 10 km ins deutsche Inland hineinreichten. Mit der Forderung nach dem Hinterland der Flüsse wollte man nun verhindern, dass die Deutschen diese für militärische Zwecke ausnutzen und abermals ins Großherzogtum eindringen könnten. Bei den Territorien, die angegliedert werden sollten, legte man aber Wert darauf zu betonen, dass es sich hier nicht um Annexionen handele, sondern um eine Wiedereingliederung von Gebieten, die vor den Wiener Verträgen von 1815 bereits zu Luxemburg gehört hatten.⁸⁰ Im Memorandum gab die Regierung außerdem an, dass dies im Einvernehmen mit und im Interesse der dortigen Bevölkerung sei, denn diese sei bedingt durch die Vergangenheit immer noch eher luxemburgisch als deutsch orientiert.⁸¹ Diese These wird allerdings von dem Historiker Klaus Reimer widerlegt. In seinem Aufsatz zu den luxemburgischen Gebietsforderungen weist er darauf hin, dass die Bevölkerung nicht damit einverstanden war und diese Menschen sich als Deutsche fühlten.⁸²

Die zweite Forderung der luxemburgischen Regierung bestand darin, dass die Eisenbahnlinie, die auf der deutschen Uferseite der Mosel verlief, und die damit verbundenen Ortschaften in luxemburgischen Besitz übergehen sollten.⁸³ Diese Bahnverbindung war deshalb für Luxemburg so wichtig, da sie die Kohle- und Koksabbaugebiete Lothringens und der Ruhr miteinander verband.⁸⁴ Folglich erhoffte man sich durch den Erwerb dieser Bahnlinie eine Vereinfachung bei den Kohlen-, Koks- und Erzlieferungen. Die luxemburgische Regierung wollte diese Eisenbahnlinie mit dem luxemburgischen Eisenbahnnetz verbinden, um so von dem dort herrschenden Handelsverkehr profitieren zu können.

In einem dritten Schritt verlangte die luxemburgische Regierung, dass die Koks- und Kohlelieferungen für die luxemburgische Stahlindustrie garantiert würden.⁸⁵ Um diese Garantie zu erlangen, schlug man vor, dass die deutsche Gesellschaft Eschweiler-Bergwerksverein, die bereits zu 95,6 % der luxemburgischen Arbed

⁷⁷ Zit. nach BECH, Joseph, Rede in der Sitzung vom 22.03.1949, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 1079.

⁷⁸ Vgl. ANLux AE 4159 A: *Revendications territoriales luxembourgeoises. Note sur la question allemande (1946-1947): Memorandum du Gouvernement luxembourgeois* vom 27.11.1946, S. 2f.; vgl. GROSBUSCH, André, *La question des réparations dans l'opinion publique luxembourgeoise 1945-1949*, in: *Hémécht* 36 (1984), S. 569-591.

⁷⁹ ANLux AE 4159 A (Anm. 78).

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Vgl. ANLux AE 4159 A: *Revendications* (Anm. 78), S. 3.

⁸² Vgl. REIMER, Klaus, *Die luxemburgischen Gebietsforderungen gegenüber Deutschland zwischen 1945 und 1949*, in: *Kurtierisches Jahrbuch* 1980, S. 208.

⁸³ Vgl. ANLux AE 4159 A: *Memorandum* (Anm. 78), S. 5.

⁸⁴ Vgl. ANLux AE 4159 A: *Memorandum* (Anm. 78), S. 4.

⁸⁵ Vgl. ANLux AE 4159 A: *Memorandum* (Anm. 78), S. 8.

gehörte, ihre Erzeugnisse an Luxemburg liefern und so vom Großherzogtum genutzt werden könnte, wie ein auf luxemburgischem Territorium liegendes Unternehmen.⁸⁶ Des Weiteren wurde gefordert, dass Luxemburg im Rahmen der Reparationen für eine gewisse Zeit Kohlelieferungen von Deutschland erhalte oder das Land temporär Minenkonzessionen erteilt bekäme, um die Belieferung der luxemburgischen Stahlindustrie auf diese Weise zu sichern.⁸⁷ Anhand dieser Maßnahme versuchte die luxemburgische Regierung unabhängiger von den deutschen Lieferungen zu werden. Das Ruhrgebiet spielte also eine wichtige Rolle für die luxemburgische Stahlindustrie und damit auch für die gesamtwirtschaftliche Lage des Landes. Diese wirtschaftliche Signifikanz erklärt auch das Interesse des luxemburgischen Staates an der Kontrolle dieser Region. In der Kammerdebatte vom 22. März 1949 wird dieser Stellenwert der Ruhr noch einmal verdeutlicht. Da das Ruhrgebiet während der Kriegsjahre als eine der Hauptproduktionsstätten für Waffen gegolten hatte, verlangte Joseph Bech, dass jegliche Exporte der Ruhr ins deutsche Inland unter internationaler Kontrolle stehen müssten.⁸⁸ Mit diesem Schritt wollte er verhindern, dass die Deutschen wieder militärisch erstarken konnten. Zur Sicherung der Überwachung und Kontrolle der Ruhr war die „Autorité internationale de la Ruhr“ zuständig. Der Abgeordnete Adrien van Kauenbergh sah die Kontrolle der Ruhr sogar als einen ersten Schritt hin zu einem *régime de contrôle international à l'industrie lourde de toute l'Europe*⁸⁹. Die zwei Jahre später gegründete „Communauté européenne du charbon et de l'acier“ (CECA) konnte schließlich als ein solches internationales Kontrollorgan für die europäische Stahlindustrie fungieren.

Auch die Ourtalsperre sollte im Rahmen der Reparationsforderungen entstehen. Die luxemburgische Regierung forderte, dass das Pumpspeicherwerk von deutschen Bauarbeitern gebaut und von Deutschland finanziert werden sollte.⁹⁰ Mit dieser Forderung wird sich das nachfolgende Kapitel beschäftigen.

1949 hatte Deutschland bereits Reparationen in Form von Gütern im Wert von über zwei Millionen Reichsmark an Luxemburg geliefert.⁹¹ In seiner Rede vor der Abgeordnetenversammlung machte Bech deutlich, dass es wichtig sei, Deutschland wirtschaftlich wieder aufzubauen, denn nur wenn das Land wieder zu Wohlstand gelange, könnte es die geforderten Reparationen auch leisten.⁹² In der luxemburgischen Haltung gegenüber Deutschland ist zu jener Zeit ein gewisser Zwiespalt zu beobachten. Zum einen wollte man, dass Deutschland wieder wirtschaftlich aufsteige und an Macht zurückgewinne, zum anderen verlangte man – aus Angst vor erneuten Übergriffen –, dass der große Nachbar von den internationalen Streitkräften kontrolliert und das Land dezentralisiert würde, um auf diese Weise ein militärisches Wiedererstarken zu verhindern. Bech forderte ausdrücklich eine

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Vgl. BECH, Rede (Anm. 77), S. 1079.

⁸⁹ Zit. nach VAN KAUVENBERGH, Rede (Anm. 71), S. 1111.

⁹⁰ Vgl. ANLux AE 4159 A: Memorandum (Anm. 78), S. 6.

⁹¹ Vgl. BECH, Rede (Anm. 76), S. 1080.

⁹² Vgl. BECH, Joseph, Rede in der Sitzung vom 17.03.1949, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 1071.

*décentralisation politique assez large*⁹³, d.h. Deutschland sollte in verschiedene Länder mit einer stark eingeschränkten Zentralgewalt aufgeteilt werden. Anhand dieser Maßnahme wurde versucht, eine erneute Machtstellung zu unterbinden. Die wirtschaftliche Einheit des Landes sollte, laut Bech, allerdings gewahrt bleiben.⁹⁴ Er war sich bewusst, dass eine schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland die Gesundung der gesamteuropäischen Wirtschaft gefährden würde. Dennoch sollten die Deutschen nicht komplett ungeschoren davonkommen und somit verhindert werden, dass sich die Fehler von 1919 wiederholten.

Jedoch muss hier auch angemerkt werden, dass in territorialer Hinsicht die luxemburgischen Forderungen seit dem Memorandum von 1946 immer mehr abgeschwächt wurden, bis sie schließlich 1949 auf ein Minimum reduziert waren. Im März 1949 einigte man sich schließlich darauf, dass nur geringfügige Grenzänderungen vorgenommen werden sollten. Das gemeinsame Verwaltungs- und Nutzungsrecht der Grenzflüsse blieb aber weiterhin bestehen; lediglich der Kammerwald und die Ortschaft Roth nahe Vianden wurden an Luxemburg angegliedert.⁹⁵ Die in jenem Gebiet lebenden Menschen konnten jedoch ihre deutsche Staatsangehörigkeit behalten und weiterhin in Deutschland wählen. Es sollte sich ausschließlich um eine wirtschaftliche Angliederung an das Großherzogtum handeln.⁹⁶ Luxemburg sollte dieses Territorium für seinen ökonomischen Bedarf ausnutzen können. Diese Regelung wurde 1959 wieder rückgängig gemacht.

Bei den luxemburgischen Marshall-Hilfen ging es demzufolge – im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern – viel weniger um die finanzielle Unterstützung als um die Übernahme der Ideologie und Philosophie des ERP. Vor allem der Grundsatz der europäischen Zusammenarbeit, den die Vereinigten Staaten vehement vertraten, fiel bei der luxemburgischen Regierung auf fruchtbaren Boden. Die Regierungsvertreter waren sich bewusst, dass Luxemburg ohne diese Kooperation nicht überleben konnte. Aus diesem Grund engagierten sie sich, vielleicht mehr als andere Länder, für die Förderung einer europäischen Zusammenarbeit und folglich auch einer erneuten Ankurbelung der Wirtschaft. Das Land hatte keine andere Wahl, als die Chance, die der ERP bot, zu nutzen.

Im Rahmen des Marshall-Plans spielten auch die Reparationsforderungen gegenüber Deutschland eine entscheidende Rolle. Bei dieser Thematik herrschte in der luxemburgischen Regierung allerdings weniger Konsens als bei dem Marshall-Plan. Als in der Sitzung vom 1. Juni 1949 über den Gesetzesentwurf zur Pariser Reparationskonferenz von November 1945 abgestimmt wurde, waren 30 Abgeordnete für diesen Entwurf, 6 stimmten dagegen und 11 enthielten sich.⁹⁷ Im Gegensatz dazu wurde der Marshall-Plan mit 40 Stimmen bei 6 Gegenstimmen angenommen. Nicht alle Abgeordneten waren demnach der Meinung, dass die von Deutschland zu leistenden Entschädigungen ausreichend seien. Die Wunden des Krieges waren

⁹³ Zit. nach BECH, Rede (Anm. 77), S. 1079.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Vgl. REIMER: Die luxemburgischen (Anm. 82), S. 207.

⁹⁶ Vgl. REIMER: Die luxemburgischen (Anm. 82), S. 208.

⁹⁷ Vgl. Abstimmung über den Gesetzesentwurf zum Schlussakt der Pariser Konferenz vom 9.11 bis zum 21.12.1945 in der Sitzung vom 1.06.1949, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1948-1949*, Luxembourg 1949, S. 2014.

noch sehr tief, und viele luxemburgische Politiker zeigten sich noch nicht bereit, den Deutschen wieder bedingungsloses Vertrauen entgegenzubringen. Die Forderungen sollten eine größtmögliche Absicherung der eigenen Interessen und des Landes bewirken.

Das Nachkriegsprojekt Ourtalsperre

In den ersten Nachkriegsjahren wurde der luxemburgischen Regierung klar, dass man im Rahmen einer effizienteren Elektrizitätswirtschaft Alternativen zur thermischen Energie schaffen musste. Aus diesem Grund lag es nahe, erst einmal Projekte der Vorkriegszeit, die nicht ausgeführt worden waren, wieder hervorzuholen und einer erneuten Überprüfung zu unterziehen. Auch die Planung einer Talsperre auf der Our nahe Vianden war eines jener Vorkriegsprojekte.

Die Anfänge

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Verhandlungen und Studien zu einer Talsperre an der Our wieder aufgenommen. Dieser Abschnitt wird sich mit den Anfängen des Projektes bis kurz vor der Gründung der SEO beschäftigen. In diesem Zusammenhang sollen die verschiedenen Aspekte erörtert werden, die zur Bildung der SEO geführt haben. Des Weiteren soll geklärt werden, wie dieses Projekt durch die Kriegsereignisse und -folgen beeinflusst wurde und welchen Einfluss dies auf die weitere Entwicklung des Unternehmens hatte.

Das Projekt Ourtalsperre kam, kurz bevor der Zweite Weltkrieg zu Ende war, wieder ins Gespräch. Im Januar 1945, während im Norden des Landes noch die Ardenenoffensive tobte, wurde zum ersten Mal, im Rahmen der Wiedergutmachungsforderungen, die Errichtung einer Talsperre an der Our erwähnt.⁹⁸

Die luxemburgische Regierung hatte das Projekt der RWE und AEG aus dem Jahre 1925 einer erneuten Überprüfung unterzogen. Im Anfangsstadium sollte es allerdings nur ein Wasserkraftwerk werden, das die Bedürfnisse des Großherzogtums deckte. Von einer internationalen Zusammenarbeit war zu jenem Zeitpunkt noch keine Rede. Die Wunden des Krieges waren in diesem Augenblick noch viel zu tief, so dass das Unternehmen in den ersten Jahren vor allem im Rahmen der Reparationsforderungen betrachtet wurde. Der luxemburgische Staat forderte in seinem Memorandum, das den Alliierten am 27. November 1946 in New York vorgelegt wurde, dass Deutschland die Kosten für das Werk übernehmen sollte, da andernfalls die Rentabilität des Projektes nicht gewährleistet sei.⁹⁹ Aus dem Memorandum ging hervor, dass das Vorhaben bis zu zwei Milliarden luxemburgische Franken kosten würde.¹⁰⁰ Diese Summe hätte die luxemburgische Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht alleine aufbringen können, und daher sollte die deutsche Seite die Finanzierung übernehmen. Des Weiteren verlangte die luxemburgische Regierung, dass für den Bau der Talsperre deutsche Arbeiter herangezogen werden sollten.¹⁰¹ Man war der Auffassung, dass diese Forderung von den Alliierten als

⁹⁸ ANLux CFEL-0315-1: Aménagement hydro-électrique de l'Our I, 1945-1948 (Cote provisoire; Fonds en cours d'inventorisation); Nos revendications territoriales à l'Est vom 19.01.1945.

⁹⁹ Vgl. ANLux AE 4159 A: Memorandum (Anm. 78), S. 6.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Ebd.

adäquat angesehen werden würde, da diese darauf bedacht waren, die wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands zur Befriedigung der Ansprüche der verschiedenen Staaten zu nutzen.¹⁰²

Darüber hinaus führte die großherzogliche Regierung noch an, dass dieses Unternehmen nur realisiert werden könnte, wenn Luxemburg zudem das alleinige Hoheitsrecht über den Fluss und die dahinter liegenden Gebiete zugesprochen bekäme.¹⁰³ Die erneute Wiederaufnahme des Ourtalprojektes fand dementsprechend in einer deutschfeindlichen Stimmung statt.

Um die verschiedenen Möglichkeiten der Wasserkraftnutzung an der Our und die damit verbundenen Probleme zu analysieren, wurde 1945 die „Société Luxembourgeoise d'Etudes Hydro-Electriques“ (E.H.E.) gegründet.¹⁰⁴ Bei einer Zusammenkunft dieser Gesellschaft mit dem damaligen Transport- und Elektrizitätsminister Victor Bodson am 4. Juni 1946 erklärten die Verantwortlichen, dass eine Realisierung der Ourtalsperre nur dann möglich sei, wenn zwei wesentliche Bedingungen erfüllt würden: Zum einen müssten langfristige Verträge, die die Abnahme des produzierten Stromes sicherten, geschlossen werden, zum anderen forderten sie, dass das Projekt mit den deutschen Reparationen bezahlt werden müsste.¹⁰⁵ Allerdings muss an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass die Vertreter der E.H.E. schon zu diesem Zeitpunkt eine Miteinbeziehung der RWE nicht ausschlossen.¹⁰⁶

Im Rahmen der Entwicklung eines entsprechenden Projektes arbeitete die E.H.E. mit dem Franzosen René Koechlin zusammen. Im Jahr 1946 unterbreitete der Ingenieur und Verwaltungsratsvorsitzende der Cegedel Minister Bodson den Vorschlag, die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten der Our unentgeltlich zu prüfen und der Regierung diese Studien zur Verfügung zu stellen.¹⁰⁷ Herr Koechlin war eine Koryphäe auf dem Gebiet der Wasserkraftnutzung. Er war es auch, der den Kontakt zum Präsidenten der Schweizerischen Vereinigung für Talsperren, Henri Gruner, vermittelte, der diese Untersuchungen durchführen sollte. Dieser sah ein ähnliches Projekt wie jenes von 1925 vor. Entsprechend dem Plan von 1925 sollte eine 106 m hohe Staumauer errichtet werden, die die benötigte Wasserreserve für das Pumpspeicherwerk bereitstellen sollte.¹⁰⁸ Zu jenem Zeitpunkt war man folglich noch weit von dem schließlich ausgeführten Projekt entfernt.

Im November 1948 legte Herr Koechlin im Namen seiner Firma Ofinco einen weiteren Plan vor.¹⁰⁹ In demselben Jahr beauftragte die luxemburgische Regierung zudem, auf Betreiben des neuen Ministers für Transport- und Elektrizitätswesen Robert Schaffner, das Pariser Ingenieurbüro Coyne mit der Untersuchung eines

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Vgl. ANLux AE 4159 A: Memorandum (Anm. 78), S. 7.

¹⁰⁴ Vgl. FELTES, L'électrification (Anm. 48), S. 124.

¹⁰⁵ Vgl. ANLux CFEL-0315-1: Aménagement hydro-électrique de l'Our I, 1945-1948 (Cote provisoire; Fonds en cours d'inventorisation): Note sur l'entrevue des délégués de l'E.H.E. avec monsieur le ministre Bodson le 4 juin 1946.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Vgl. ANLux CFEL-0202-2: Société Electrique de l'Our, 1958-1959 (Cote provisoire; Fonds en cours d'inventorisation): Brief von René Koechlin und Henri Gruner an Victor Bodson vom 11.10.1946.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Vgl. HAMER, Pierre, Genèse et activité de la Société électrique de l'Our, Luxembourg 1976, S. 42.

weiteren Projektes.¹¹⁰ In der Studie von November 1948 wurde zum ersten Mal die Idee aufgeworfen, dass nicht nur das Tal für den Bau eines Pumpspeicherwerkes geeignet war, sondern dass auch die das Tal umgebenden Hochplateaus mit einbezogen werden könnten.¹¹¹ Die Ingenieure erklärten in ihrem Bericht, dass auf den das Ourtal umgebenden Hochebenen Oberbecken errichtet werden könnten.¹¹² Somit entstände ein höheres Gefälle, das zur Folge hätte, dass das untere Becken kleiner ausfallen und dennoch dieselbe Energiemenge produzieren könnten.¹¹³ Dieser Plan war die Grundlage für das später ausgeführte Unternehmen. 1953 hatte man letztendlich den Nikolausberg als Standort für ein Oberbecken ausgewählt. Dieser Plan war letztlich auch die billigste und effizienteste Lösung. Über diese rein technischen und planerischen Probleme hinaus gab es jedoch auch noch einige finanzielle, politische und logistische Schwierigkeiten zu bewältigen.

Nachdem die Ausführung des Marshall-Plans beschlossen worden war, entschied sich die Luxemburger Regierung dazu, das Projekt Ourtalsperre im Rahmen dieses Programms bei der OECE vorzustellen. Nur wenn diese dem Unterfangen zustimmte, konnten die Marshall-Hilfen für das Werk in Anspruch genommen werden.

Das dem Elektrizitätskomitee der OECE unterbreitete Projekt wurde als eines mit *intérêt international*¹¹⁴ präsentiert. Die Ourtalsperre wurde als *un des premiers projets par lequel une collaboration internationale pourrait être réalisée*¹¹⁵ beschrieben. Hier ist ein gewisser Umschwung in der Auffassung der luxemburgischen Regierung zu beobachten. Das Projekt entwickelte sich immer mehr von einer Reparationsforderung hin zu einem internationalen Gemeinschaftsprojekt. Die europäische Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) stufte die Durchführung des Unternehmens zudem als ein internationales Problem ein.¹¹⁶ Diese Einschätzung war dadurch zu erklären, dass die Kommission sich bewusst war, dass ein Land dieser Größe weder den benötigten Pumpstrom selber liefern, noch die gesamte Energieproduktion abnehmen konnte. In diesem Zusammenhang kam nun auch die RWE zum ersten Mal wieder ins Gespräch, und es wurde die Möglichkeit ins Auge gefasst, mit Deutschland zusammenzuarbeiten.

Am 18. Dezember 1948 fand eine erste Unterredung zwischen der luxemburgischen Regierung und den Verantwortlichen der RWE statt. In dieser Sitzung verdeutlichte sich, dass von beiden Seiten her ein Interesse an einer gemeinsamen Lösung des Problems bestand.¹¹⁷ Das Treffen gab ebenfalls Aufschluss darüber,

¹¹⁰ Vgl. HAMER, *Genèse et activité* (Anm. 109), S. 42f.

¹¹¹ Vgl. ANLux MTRADIV-1440: SEO Projets Coyne 1948 / 1949 / 1953 / 1962, 1948-1962 (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): COYNE, André et BELLIER, Jean, *Projet d'aménagement de la vallée de l'Our. Pièces d'ordre général*, Paris 1948, S. 7.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Zit. nach Service Information et Presse, *Le Grand-Duché* (Anm. 50), S. 18.

¹¹⁵ Zit. nach ebd.

¹¹⁶ Vgl. Bericht der europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen vom 20.04.1948 über den Ausbau der Wasserkraft in Luxemburg, in: HAMER, *Genèse et activité* (Anm. 109), S. A 63.

¹¹⁷ Vgl. Vermerk über die am 18.12.1948 mit RWE stattgefundene Besprechung bezüglich der Frage von Pumpstromlieferungen an das Ourkraftwerk gegen Bezug von Spitzenstrom, in: HAMER, *Genèse et activité* (Anm. 109), S. A 98.

dass auch Belgien und die Niederlande bereit waren, Pumpstrom im Tausch gegen den von Vianden produzierten Spitzenstrom zu liefern.¹¹⁸ Frankreich bekundete hingegen zu diesem Zeitpunkt wenig Interesse an dem Projekt.¹¹⁹

Minister Schaffner machte während dieser Begegnung zudem klar, dass es im Rahmen der Talsperre notwendig sei, eine internationale Gesellschaft zu gründen.¹²⁰ Die Finanzierung könnte somit zumindest zum Teil durch Marshall-Kredite gewährleistet werden, da es sich hier um ein *projet international par excellence*¹²¹ handeln würde. Bei der weiteren Sicherung der Finanzierung trat man in dieser Sitzung an die RWE heran.¹²² Aus einem Schreiben der RWE an Minister Schaffner aus dem Jahr 1950 geht jedoch hervor, dass die Gesellschaft zu jenem Zeitpunkt nicht gewillt war *Verpflichtungen hinsichtlich einer Beteiligung an der Finanzierung der Anlagen des Our-Kraftwerkes*¹²³ zu übernehmen. Die Finanzierung des Projektes war folglich kurz vor der Gründung der SEO alles andere als geklärt. Man hatte zwar eine grobe Idee, wie man die Geldmittel beschaffen wollte, jedoch gab es noch keine konkreten Zusagen.

An dieser Stelle muss zudem erwähnt werden, dass in Luxemburg nicht alle Instanzen einer Finanzierung durch den Marshall-Plan wohlgesinnt gegenüberstanden. In einem Schreiben der E.H.E. an Robert Schaffner äußerten die Verantwortlichen ihre Bedenken, dass die Planung des Projektes noch nicht weit genug fortgeschritten sei, um in den Marshall-Plan integriert zu werden.¹²⁴ Des Weiteren wurde argumentiert, dass der ERP einen Verzicht auf die Reparationen implizieren würde.¹²⁵ Nicht alle Parteien waren demnach bereit, das Projekt in jenen internationalen Rahmen zu setzen, besonders nicht, wenn dies bedeutete, dass man auf Wiedergutmachungen verzichten müsste. Diese Tatsache sollte jedoch dem Fortschreiten des Projektes keinen Abbruch tun.

In der Kammersitzung vom 15. März 1949 gab Schaffner einen Überblick über den Stand des Unternehmens. Der Minister gab an, dass man der Lösung des Problems mit den Pumpstromlieferungen näher kommen würde.¹²⁶ Die Verhandlungen mit Belgien, Frankreich, den Niederlanden und der Bizone¹²⁷ seien an einem günstigen Punkt angelangt, und man sei dabei, das bisherige Problem fehlender Zusagen für

¹¹⁸ Vgl. ebd., S. A 98f.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Zit. nach ebd., S. A 98.

¹²² Vgl. ebd., S. A 99.

¹²³ Zit. nach ANLux CFEL-0139: SEO, 1949-1952 (Cote provisoire; Fonds en cours d'inventorisation): Ministère des Transports et de l'Electricité: Schreiben der RWE an Robert Schaffner vom 19.03.1950.

¹²⁴ Vgl. Schreiben der „Société Luxembourgeoise Hydro-Electrique“ vom 22.04.1948 an Herrn Robert Schaffner, Minister für Transportwesen, bezüglich der geplanten Wasserkraftwerke im Rahmen der Marshall-Planhilfe, in: HAMER, Genèse et activité (Anm. 109), S. A 69.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Vgl. Compte rendu de la séance du 15.03.1949 de la session ordinaire de la Chambre des Députés 1948/49 au sujet de l'aménagement hydro-électrique de la vallée de l'Our, in: HAMER, Genèse et activité (Anm. 109), S. A 135.

¹²⁷ Bezeichnung für den wirtschaftlichen Zusammenschluss der britischen und amerikanischen Besatzungszonen in Deutschland.

Stromlieferungen zu beheben.¹²⁸ Den Grund für diese Zusagen konnte der Minister in der Tatsache ausmachen, dass durch den herrschenden Mangel an Spitzenstrom in Europa jedes Land bereit sei, Pumpstrom zu liefern, um im Gegenzug den begehrten Spitzenstrom zu bekommen.¹²⁹

Der sozialistische Abgeordnete und Bürgermeister von Vianden, Victor Abens, stellte im Zusammenhang mit dem Pumpspeicherwerk die Frage, ob die Regierung schon etwas unternommen hätte, um zu gewährleisten, dass die Deutschen kein Mitbestimmungsrecht an der Our hätten, denn man wollte *net datt d'Preisen d'Halschecht zegutt hun*¹³⁰. Victor Abens hatte als Bürgermeister und Einwohner der Stadt Vianden natürlich ein besonderes Interesse an diesem Projekt.

Ein letzter interessanter Aspekt, der aus dieser Kammerdebatte hervorgeht, ist der, dass hier auch die Frage der Atomenergie aufgeworfen wurde. Albert Bousser wollte von Schaffner wissen, ob es kein Projekt zur Atomenergienutzung gäbe; dies musste der Minister allerdings verneinen.¹³¹ Einige Abgeordnete schienen zu befürchten, dass die Ourtalsperre in einigen Jahren nicht mehr modern sein und die Atomenergie die Technik der Zukunft darstellen könnte.

Das Projekt Ourtalsperre war eines der ersten Großprojekte, welche die Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg ins Auge fasste. Diese Tatsache verdeutlicht noch einmal die Wichtigkeit, welche die Regierung dem Unternehmen zumaß. Allerdings lief die Umsetzung des Projektes eher schleppend an. Die Studien zur Ourtalsperre und der Weg zur Umsetzung erwiesen sich als langwieriger als gedacht. Zudem sah sich die Regierung am Anfang des Projektes vor eine ganze Reihe äußerst komplexer Probleme gestellt. Es musste ein Lieferant für den benötigten Pumpstrom und anschließend auch wieder ein Abnehmer für die veredelte Energie gefunden werden. Luxemburg war nicht in der Lage, die gesamte Energieproduktion selbst abzunehmen.

Aus diesem Grund wandte sich die Regierung an die OEEC und versuchte, das Unterfangen mit der Unterstützung des Marshall-Plans in einem internationalen Rahmen durchzusetzen. Folglich stellte die Umsetzung des Unternehmens ein internationales Problem dar. Nur mit internationaler Hilfe und Zusammenarbeit war das Projekt realisierbar. Dies ist wohl auch einer der Gründe, weshalb schließlich von dem Werk als Reparationsforderung Abstand genommen wurde und man sich für eine Kooperation entschied. Im Laufe der ersten Planungsjahre kann man demnach auch ein Umdenken der Regierung in Sachen Wiedergutmachung erkennen. Die Bereitschaft, diese Ansprüche zurückzunehmen und stattdessen eine Anlage gemeinsam aufzubauen, schien zuzunehmen. Dennoch muss an dieser Stelle noch mal darauf hingewiesen werden, dass die Anfänge des Nachkriegsprojektes unter einer eher deutschfeindlichen Stimmung stattfanden. Der Weg hin zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Luxemburg war folglich noch ein langer. Einer der Gründe, weshalb die Talsperrenbauten bei der luxemburgischen Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg eine derart vorrangige Stellung

¹²⁸ Vgl. *Compte rendu* (Anm. 126), S. A 135.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Zit. nach ebd., S. A 136.

¹³¹ Vgl. Ebd., S. A 137.

einnahmen, war, dass man der drohenden Kohleknappheit entgegenwirken und Alternativen finden wollte, die die luxemburgische Stromproduktion unabhängiger vom Ausland machen würden. Die Zusammenarbeit mit dem Elektrizitätskomitee der OECE und der ECE sollte das Nachkriegsproblem der Stromlieferungen beheben und bei der Kooperation mit den Nachbarländern helfen. Das langfristige Ziel sollte die Verbindung der europäischen Stromnetze sein und der Austausch der elektrischen Energie unter den europäischen Ländern.

1951 entschloss sich die Regierung schließlich, zusammen mit ausländischen Partnern die „Société électrique de l'Our“ als Trägergesellschaft für das Ourtalprojekt zu gründen.

Gründung der „Société électrique de l'Our“ (SEO)

Nachdem die Diskussionen und Verhandlungen zu einer Talsperre im Ourtal bereits fast sechs Jahre andauerten, wurde schließlich am 29. Mai 1951 durch einen Akt des Notars Tony Neumann die „Société électrique de l'Our“ gegründet.

Die Idee zur Gründung einer solchen Gesellschaft war bereits 1947 von René Koechlin vorgeschlagen worden.¹³² Am 1. Juni 1950 unterbreitete Koechlin schließlich einen schriftlichen Vorschlag zur Bildung einer solchen Gesellschaft. Der Name dieser Gesellschaft sollte „Energie Electrique Our-Sûre“ (EEOS) lauten.¹³³ Dieses neu geschaffene Unternehmen sollte sich auf die Studien basieren, die in den ersten Nachkriegsjahren vom luxemburgischen Staat und der Gesellschaft Ofinco durchgeführt worden waren.¹³⁴

Im Endeffekt sollte es dann aber noch bis Mai 1951 dauern, bis eine solche Trägergesellschaft gegründet wurde. Diese setzte sich dann auch im Wesentlichen mit den Studien des Ingenieurbüros Coyne auseinander, von denen auch das anschließend realisierte Projekt präsentiert wurde. In der Sitzung vom 20. Dezember 1950 im Ministerium für Transport- und Elektrizitätswesen wurde schließlich, in Anwesenheit von Vertretern aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz, die Gründung der SEO definitiv beschlossen. Die Teilnehmer dieser Versammlung erhofften sich, dass die Bildung einer solchen Gesellschaft die internationalen Verhandlungen vorantreiben und zu einem schnellen Resultat führen würde.¹³⁵ Dem sollte aber nicht so sein, wenn man sich vor Augen führt, dass es bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrages noch über 7 Jahre dauern sollte.

Der Sitz des Unternehmens sollte in Luxemburg sein.¹³⁶ In den Statuten wurde festgehalten, dass der primäre Zweck der Gesellschaft darin bestehen sollte, das Projekt des Pumpspeicherwerkes in Vianden zu planen, mit dem Endziel diesen

¹³² Vgl. HAMER, *Genèse et activité* (Anm. 109), S. 42.

¹³³ Vgl. Proposition provisoire pour la formation de la société EEOS vom 1.6.1950, in: HAMER, *Genèse et activité* (Anm. 109), S. A 164.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Vgl. ANLux CFEL-0139: SEO, 1949-1952 (Cote provisoire; Fonds en cours d'inventorisation): Ministère des Transports et de l'Electricité, *Compte-rendu sommaire de la réunion qui s'est tenue le 20 décembre 1950 au Ministère des Transports et de l'Electricité à Luxembourg sur la formation de la Société électrique de l'Our*, S. 1.

¹³⁶ Vgl. ANLux AE 16094: Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et l'Etat Rhéno-Palatin concernant l'aménagement d'installations hydro-électriques sur l'Our. Trèves, le 10 juillet 1958: Extrait du Mémorial (Recueil spécial) n° 57 du 11 juillet 1951, Art. 1, S. 1.

Plan zu verwirklichen.¹³⁷ Die Vergabe einer Konzession, welche die Wasserkraftnutzung der Our erlaubte, sollte ab dem Zeitpunkt gewährt werden, wo es zu einer Umsetzung des Projektes und zur Ausnutzung der Anlagen kommen würde.¹³⁸ Des Weiteren regelten die Statuten, dass die Gesellschaft für mindestens 30 Jahre, oder solange das Großherzogtum Luxemburg eine Konzession erteilte, bestehen sollte.¹³⁹ Es wurde hier demnach nicht auf das gemeinsame Nutzungsrecht, das Deutschland und Luxemburg an der Our besaßen, eingegangen. In der Tat stand, wie im Abschnitt zu den Marshall-Hilfen für Luxemburg bereits erläutert wurde, zu dieser Zeit ein kleiner Abschnitt des Flusses, mit dem dahinter liegenden Kammerwald, im Rahmen der Reparationen unter luxemburgischer Verwaltung. Für das Talsperrenprojekt waren jedoch auch Bereiche des Flusses betroffen, welche unter gemeinsamer Verwaltung standen.

Das Kapital des Unternehmens wurde auf 15 Millionen Luxemburger Franken festgesetzt und war in 3000 Aktien von je 5000 Franken aufgeteilt.¹⁴⁰ Die Beteiligung an dem Unternehmen war international. Der luxemburgische Staat besaß zum Zeitpunkt der Gründung 2140 Aktien, die schweizerische Gesellschaft Ofinco, die René Koechlin gehörte, die französische Baufirma Campenon Bernard und der niederländische Elektrizitätskonzern verfügten jeweils über 280 Aktien, das luxemburgische Elektrizitätsunternehmen Cegedel besaß 10 Aktien, der luxemburgischen „Banque Internationale à Luxembourg“ (BIL) gehörten 8 Aktien und schließlich verfügte noch der luxemburgische Bankier Max Lambert über 2 Aktien.¹⁴¹ Bei der Verteilung der Aktien fällt auf, dass die RWE zu jenem Zeitpunkt noch nicht in der Gesellschaft vertreten war. Im Laufe der Jahre wurde das Aktienkapital einige Male erhöht. 1957 wurde eine Kapitalerhöhung von 15 auf 30 Millionen Luxemburger Franken vorgenommen, 1959 erhöhte man es noch mal auf 500 Millionen und schließlich 1962 auf 750 Millionen.¹⁴²

Im Rahmen der Gründung der SEO bleibt noch zu erwähnen, dass in Artikel 11 der Statuten bestimmt wurde, dass der Präsident des Unternehmens von luxemburgischer Nationalität sein und im Großherzogtum wohnen musste.¹⁴³ Auch das Personal, das im Rahmen des Unternehmens eingestellt werden sollte, sollte zum überwiegenden Teil von Luxemburgern gestellt werden.¹⁴⁴ Zudem wurde in den Statuten definiert, dass die Unternehmungen des Konsortiums von Kommissaren überwacht werden sollten, welche der luxemburgische Staat ernennen konnte.¹⁴⁵ An dieser Stelle wird wiederum deutlich, dass der luxemburgische Staat, der über zwei Drittel der Anteile an der Gesellschaft besaß, darauf bedacht war, die Interessen des Landes durchzusetzen und zu verteidigen.

¹³⁷ Vgl. ANLux AE 16094: Convention (Anm. 136), Art. 2, S. 1.

¹³⁸ Vgl. ANLux AE 16094: Convention (Anm. 136), S. 2.

¹³⁹ Vgl. ANLux AE 16094: Convention (Anm. 136), Art. 3, S. 2.

¹⁴⁰ Vgl. ANLux AE 16094: Convention (Anm. 136), Art. 4, S. 2.

¹⁴¹ Vgl. ANLux AE 16094: Convention (Anm. 136), Art. 5, S. 2.

¹⁴² Vgl. HAMER, *Genèse et activité* (Anm. 109), S. 63.

¹⁴³ Vgl. ANLux AE 16094: Convention (Anm. 136), Art. 11, S. 3.

¹⁴⁴ Vgl. ANLux AE 16094: Convention (Anm. 136), Art. 14, S. 3f.

¹⁴⁵ Vgl. ANLux AE 16094: Convention (Anm. 136), Art. 16, S. 4.

Die Ourtalsperre

Im Kapitel zu den Anfängen der SEO wurde bereits erkennbar, dass die Finanzierung des Projektes eines der größten Probleme darstellte. Zu dem Zeitpunkt, als die SEO gegründet wurde, hatte man noch keine feste Zusage für finanzielle Mittel erhalten. Die Verantwortlichen der Gesellschaft mussten demnach versuchen, potenzielle Geldgeber von ihrem Plan zu überzeugen. Die Frage, die sich stellte, war, wer das Unternehmen finanzieren sollte.

Da sich die Finanzierung des Projektes mit Hilfe der Reparationszahlungen jedoch als immer unwahrscheinlicher herausstellte, musste sich die großherzogliche Regierung anderweitig nach Geldmitteln umsehen. Aus diesem Grund wandte sich die SEO 1955 im Rahmen des Marshall-Plans an die „International Bank for Reconstruction and Development“ (IBRD).¹⁴⁶ Die Verhandlungen sollten sich über Jahre hinziehen, ohne jedoch zu einem positiven Resultat zu führen. Grundsätzlich war die IBRD dem Unterfangen gegenüber positiv eingestellt. Wenn man bedenkt, dass die Weltbank nur Projekte unterstützte, die der wirtschaftlichen Entwicklung Europas nützen konnten, ist davon auszugehen, dass die Verantwortlichen in der Ourtalsperre eine große wirtschaftliche und auch technische Bedeutung für Europa sahen. Jedoch verlangte man noch nähere Details zu den Kosten und bemängelte, dass die Weltbank den größten Teil der Finanzierung übernehmen sollte.¹⁴⁷

Eine Schwierigkeit bei der Kreditanfrage bei der Weltbank stellten die Investitionen der RWE dar. Die Verantwortlichen der IBRD waren der Auffassung, dass der Konzern sich finanziell nicht genügend an dem Projekt beteiligen würde. So betrug die Beteiligung der RWE anfangs nur 10 % des Kapitals, während der luxemburgische Staat mit 70 % beteiligt war.¹⁴⁸ Um der Forderung der Weltbank nachzukommen, wurde die Partizipation schließlich umverteilt. Sowohl die großherzogliche Regierung als auch die RWE beteiligten sich nun mit 40 % beziehungsweise 200 Millionen Franken.¹⁴⁹

Für das Großherzogtum und seine Partner galt es, einige Konditionen zu erfüllen. Diese wurden im Memorandum, das die Regierung ihren Unterlagen für die Kreditanfrage bei der Weltbank beifügte, aufgelistet. Eine erste Bedingung bestand darin, dass das Projekt der Entwicklung der Mitgliedstaaten der IBRD zuträglich sein sollte.¹⁵⁰ Diese Forderung erfüllte das Ourtalprojekt. Das Pumpspeicherwerk sollte an das europäische Verbundnetz angeschlossen werden und dieses mit Spitzenenergie versorgen. Die zweite und für die Umsetzung des Projektes wichtigste Voraussetzung war, dass der Kredit nur dann bewilligt würde, wenn die Weltbank

¹⁴⁶ Vgl. ANLux MTRADIV-0098: SEO 1958 (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): Brief von Eugene R. Black der IBRD an Finanzminister Pierre Werner vom 4.5.1956.

¹⁴⁷ Vgl. ANLux MTRADIV-0098: SEO 1958 (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): Brief von Herrn de Boeck der Société de Participations et d'Etudes d'Installations hydro-électriques an Pierre Hamer, Mitglied des Verwaltungsrates der SEO vom 22.5.1957.

¹⁴⁸ Vgl. WERNER, Pierre, Rede in der Sitzung vom 26.05.1959, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959*, Premier volume, Luxembourg 1959, S. 1446.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Vgl. ANLux MTRADIV-1439: Demande de crédits (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): Société électrique de l'Our (Hg.): *Mémoire concernant la centrale de Vianden*, Luxembourg 1957, S. 60.

von der Regierung, auf deren Gebiet das Unternehmen realisiert wurde, eine Garantie für das Darlehen ausgestellt bekäme.¹⁵¹ Diese Forderung sollte eine Finanzierung durch die Weltbank schließlich zum Kippen bringen. Als am 26. Mai 1959 der Staatsvertrag und die damit verbundene Finanzierung durch die Weltbank der Abgeordnetenversammlung zur Ratifizierung vorgelegt wurden, sorgte Artikel 4, der diese Staatsgarantie zusicherte, für Diskussionen. In der Tat hätte diese Garantie für die luxemburgische Regierung ein großes finanzielles Risiko bedeutet. Auch der Staatsrat und die Handelskammer hatten sich in ihren Gutachten zu dem Gesetzesprojekt kritisch gegenüber diesem Paragraphen geäußert.¹⁵² Deswegen entschloss man sich bei der Ratifizierung der Gesetzesvorlage, diese zwar anzunehmen, aber unter dem Vorbehalt, dass Artikel 4 gestrichen würde. Die Streichung dieses Artikels hatte letztendlich zur Folge, dass die Weltbank nicht mehr bereit war, die Finanzierung zu übernehmen.

Ab jenem Zeitpunkt sollte die „Banque européenne d'investissement“ (BEI) eine wichtige Rolle für das Projekt spielen, denn sie stellte nun den größten Kredit zur Verfügung. Wäre auch die BEI abgesprungen, hätte das Projekt aller Wahrscheinlichkeit nach nicht finanziert werden können. Die Ausführung des Unternehmens wurde somit durch die BEI gerettet.¹⁵³ Im Gegensatz zur Weltbank verlangte diese nämlich keine Staatsgarantie.¹⁵⁴ Die europäische Investitionsbank war allerdings nicht bereit, völlig auf Garantien für die Kreditvergabe zu verzichten.

Die RWE, als alleiniger Stromlieferant, besaß viel Macht. Sie konnte der SEO in Krisenfällen die Energiezufuhr verweigern und somit auch die Rückzahlung der Kredite gefährden.¹⁵⁵ Im Vertrag zu dem Darlehen wurde schließlich festgehalten, dass die RWE eine selbstschuldnerische Bürgschaft bis zur Inbetriebnahme des Kraftwerkes gegenüber der BEI übernehme.¹⁵⁶ Am 10. Dezember 1959 wurde der Krediteröffnungsvertrag zwischen der Bank und der SEO in Höhe von 200 Millionen luxemburgischen Franken unterschrieben.¹⁵⁷

Das Ourtalprojekt war eines der ersten Unternehmen, das die erst 1958 gegründete Bank für Projekte mit europäischem Nutzen unterstützte. Allerdings war die BEI nicht der alleinige Geldgeber für die Ourtalsperre. Neben dem Aktienkapital wurden noch Darlehen bei der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“, luxemburgische und schweizerische Anleihen, ein Kredit bei der „Caisse de Pension des Employés Privés“, einer beim „Etablissement d'Assurance contre la Vieillesse et l'Invalidité“,

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Vgl. ANLux AE 16094: Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et l'Etat Rhéno-Palatin concernant l'aménagement d'installations hydro-électriques sur l'Our. Trèves, le 10 juillet 1958: Avis de la Chambre de Commerce sur le projet de loi portant ratification des conventions concernant la centrale électrique de l'Our, ohne Datum, S. 9.

¹⁵³ Anm. d. Red.: Hémecht veröffentlicht in der nächsten Nummer einen Beitrag von René Leboutte zur Beteiligung der BEI an der Finanzierung des Pumpspeicherwerks in Vianden.

¹⁵⁴ Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-10 Avant-signature: Note au Conseil d'Administration de la Banque européenne d'investissement vom 18.11.1959.

¹⁵⁵ Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-10 Avant-signature: Note au Comité de Direction de la Banque européenne d'investissement sur les sûretés vom 18.08.1959, S. 1.

¹⁵⁶ Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Our-Projekt. Krediteröffnungsvertrag zwischen der europäischen Investitionsbank und der Société électrique de l'Our vom 10.12.1959, S. 10.

¹⁵⁷ Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Our-Projekt (Anm. 156), S. 4.

ein Darlehen bei der schweizerischen Finelectra, ein Kredit bei der „Compagnie Financière Herstatt S.A.“ und schließlich noch ein Darlehen bei der BIL aufgenommen.¹⁵⁸

Ein zweiter Aspekt, der in diesem Kapitel behandelt werden muss, sind die verschiedenen Verträge, die zwischen den Geschäftspartnern geschlossen wurden. Insbesondere sind hier die Verträge zwischen der SEO und der „Electricité de France“ (EDF), zwischen der SEO und RWE sowie der Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und Luxemburg hervorzuheben.

Im Januar und Februar 1956 schloss die SEO den ersten Vertrag mit der EDF über Stromlieferungen aus Vianden ab. Der Vertrag wurde allerdings nur für zehn Jahre geschlossen.¹⁵⁹ Das Abkommen hielt fest, dass die SEO der EDF Strom zur Verfügung stelle, im Gegenzug verpflichtete sich die EDF diesen abzunehmen und zu bezahlen.¹⁶⁰ Folglich wurde mit diesem Vertrag das Problem, einen Abnehmer für die produzierte Energie zu finden, gelöst. Es bleibt auch noch zu bemerken, dass dieses Abkommen von der RWE gegengezeichnet wurde. Großer Wert wurde demnach auf die Zusammenarbeit und Zustimmung aller Partner gelegt und das Einverständnis der RWE eingeholt.

Am 21. Februar 1956 schlossen dann auch die RWE und die SEO einen Vertrag über den Ausbau des Pumpspeicherwerks an der Our ab. In diesem wurde festgelegt, dass das Abkommen erst in Kraft treten sollte, wenn der Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und dem Großherzogtum unterschrieben und ratifiziert sei.¹⁶¹ Es sollte demzufolge noch mal ganze 3 Jahre dauern, bis der Vertrag in Kraft trat. Die RWE erklärte sich bereit, die Deckung der Jahreslasten zu übernehmen.¹⁶² In Artikel 4 verpflichtete sich der Konzern außerdem dazu, den gesamten Pumpstrom zu liefern. Im Gegenzug war die SEO angehalten, die gesamte Energie bis auf die Ausnahmen, die in Artikel 10 angeführt wurden, an die RWE zu liefern.¹⁶³ Zum einen zählte hierzu natürlich der Stromlieferungsvertrag mit der EDF, und zum anderen wurde festgehalten, dass ab 1966 auch der Verkauf von Energie, in Absprache mit der RWE, an Belgien, Frankreich und die Niederlande gestattet war.¹⁶⁴ Des Weiteren konnten ab Inbetriebnahme des Werkes auch luxemburgische Abnehmer mit Strom versorgt werden.¹⁶⁵

Der wichtigste Vertrag im Rahmen der Realisierung des Pumpspeicherwerkes stellte der Staatsvertrag zwischen Luxemburg und Rheinland-Pfalz vom 10. Juli

¹⁵⁸ Vgl. HAMER, *Genèse et activité* (Anm. 109), S. 63f.

¹⁵⁹ Vgl. ANLux MTRADIV-1439: *Demande de crédits* (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): *Contrat des 19-1 et 21-2-1956 entre l'Electricité de France, Service National, Paris et la Société électrique de l'Our, Société Anonyme, Luxembourg au sujet de fournitures d'énergie en rapport avec l'usine de pompage à Vianden sur l'Our*, Art. 11, S. 8.

¹⁶⁰ Ebd.

¹⁶¹ Vgl. ANLux MTRADIV-1439: *Demande de crédits* (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): *Verträge und Vereinbarungen vom 21.02.1956 zwischen der Société électrique de l'Our, Société Anonyme in Luxemburg und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, Aktiengesellschaft in Essen über den Ausbau des Pumpspeicherwerkes a. d. Our*, Art. 1, S. 6.

¹⁶² Vgl. ANLux MTRADIV-1439: *Demande de crédits* (Anm. 161), Art. 5, S. 8.

¹⁶³ Vgl. ANLux MTRADIV-1439: *Demande de crédits* (Anm. 161), Art. 4, S. 8.

¹⁶⁴ Vgl. ANLux MTRADIV-1439: *Demande de crédits* (Anm. 161), Art. 10, S. 12.

¹⁶⁵ Ebd.

1958 dar. Bis es jedoch zu diesem Abkommen kommen konnte, verhandelten die Regierungen mehrere Jahre über den Vertragstext. Aufgrund des noch fragilen Vertrauens zwischen beiden Ländern erwies sich dies öfters als eher schwierige Angelegenheit. Auf der deutschen Seite musste z. B. geklärt werden, wer den Vertrag unterschreiben durfte: der Bund oder das Land Rheinland-Pfalz. Hier kam man zu dem Schluss, dass dieses Abkommen in den Wirkungsbereich der Länder fiel, und somit konnte Rheinland-Pfalz es, in Absprache mit dem Bund, unterschreiben.¹⁶⁶ Durch den Staatsvertrag wurde der SEO die Konzession zur Nutzung der Our bei Vianden für 99 Jahre erteilt.¹⁶⁷ Die Anlagen, die von der Gesellschaft am Fluss errichtet werden sollten, waren deren Eigentum, der Wasserlauf blieb hingegen im Besitz der beiden Staaten.¹⁶⁸ Ein weiterer wichtiger Aspekt des Vertrags stellte die Tatsache dar, dass der von der RWE gelieferte Pumpstrom nicht als Import galt und somit keine Umsatzsteuer anfiel.¹⁶⁹ Im Gegenzug sollte sich das Land Rheinland-Pfalz *im Rahmen seiner Zuständigkeiten*¹⁷⁰ dafür einsetzen, dass auf Lieferungen von Spitzenstrom nach Deutschland keine Abgaben erhoben wurden. In Sachen Steuern lag die Zuständigkeit beim Bund und nicht beim Land.¹⁷¹ Aus diesem Grund konnte Rheinland-Pfalz keine steuerlichen Zusicherungen machen.

Des Weiteren sollte die SEO in Luxemburg eine Ermäßigung von 50 % auf alle Steuern erhalten, und es sollten ihr gegenüber keine Sondersteuern erhoben werden.¹⁷² Dieser Punkt sorgte für viel Kritik, sowohl im Parlament als auch in den Gutachten der Handelskammer und des Staatsrats. Die Handelskammer beanstandete, dass diese Bestimmung im Gegensatz zu der Gleichheit aller vor dem Gesetz stünde. Es würden so zwei Klassen von Handelsgesellschaften geschaffen: diejenigen, die den Steuern unterworfen seien, und diejenigen, die von ihnen befreit seien.¹⁷³ Der Staatsrat stand diesem Punkt des Vertrags ebenfalls kritisch gegenüber. Er betonte zwar, dass es ein legales Vorgehen sei, das im Rahmen der internationalen Beziehungen durchaus üblich sei. Jedoch wurde den Bedenken der Handelskammer Recht gegeben.¹⁷⁴ Diese Vorbehalte hatte durchaus Gewicht. Allerdings muss beachtet werden, dass, um ein so großes Projekt zu realisieren, internationalen Gesellschaften Anreize geschaffen werden mussten, damit sie sich daran beteiligten. Von besonderem Interesse sind auch die Artikel 8 und 9 des Vertrages. Für den Bau des Werkes sollten die deutsche und die luxemburgische Volkswirtschaft

¹⁶⁶ Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 950 Nr. 15498: Our-Stauwerk. Zuständigkeit des Landes vom 5.2.1954, S. 1.

¹⁶⁷ Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Staatsvertrag über die Errichtung von Wasserkraftanlagen an der Our zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und dem Land Rheinland-Pfalz in der Bundesrepublik Deutschland vom 10.7.1958, S. 8.

¹⁶⁸ Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Staatsvertrag (Anm. 167), Art. 2, S. 5.

¹⁶⁹ Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Staatsvertrag (Anm. 167), Art. 5, S. 5f.

¹⁷⁰ Zit. nach Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Staatsvertrag (Anm. 167), Art. 5, S. 6.

¹⁷¹ Vgl. WEHENKEL, Antoine, Rede in der Sitzung vom 26.5.1959, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959*, Premier volume, Luxembourg 1959, S. 1440.

¹⁷² Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Staatsvertrag (Anm. 165), Art. 7, S. 6.

¹⁷³ Vgl. ANLux AE 16094: Avis de la Chambre de Commerce sur le projet de loi portant ratification des conventions concernant la centrale électrique de l'Our, S. 5f.

¹⁷⁴ Vgl. ANLux AEAA 628: Ambassade du Luxembourg à Bonn – Construction du barrage de l'Our: Projet de loi 710⁵. Avis du Conseil d'Etat, S. 3.

angemessen berücksichtigt werden, wobei die SEO aber durchaus auch befugt war, andere ausländische Firmen zu beauftragen, wenn diese qualifizierter waren.¹⁷⁵ Dieser Paragraf wurde während der Kammerdebatten ebenfalls kritisiert. Man befürchtete, dass dies ein Schlupfloch sein könnte, das die luxemburgische Wirtschaft benachteilige.¹⁷⁶

In Artikel 9 legte man fest, dass den deutschen Beteiligten ein gebührender Einfluss in der SEO zustehen sollte.¹⁷⁷ Diese Bestimmung gefiel den luxemburgischen Abgeordneten überhaupt nicht. Man hatte Angst, dass die RWE, die nach Ansicht der Politiker über eine solch wirtschaftliche und politische Macht in Deutschland verfügten, dass sie fast schon einen Staat im Staat bildeten, zu viel Einfluss ausüben könnten und das Großherzogtum dadurch benachteiligt würde.¹⁷⁸ Artikel 9 ist aber auch insofern interessant, als er die Rechte der deutschen Seite schützen sollte. Der Einfluss Luxemburgs innerhalb der SEO musste also schon sehr erheblich sein, wenn die rheinland-pfälzische Regierung verlangte, eine solche Vertragsklausel mit aufzunehmen.

Trotz dieser Kritikpunkte wurde der Gesetzesentwurf schlussendlich am 27. Mai 1959 von der Abgeordnetenkommission mit 44 Zustimmungen, 3 Gegenstimmen der Kommunisten und einer Enthaltung angenommen.¹⁷⁹ Der rheinland-pfälzische Landtag hatte den Vertrag schon 1958 ratifiziert.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Ausführung des Projektes sich letztlich als schwieriger als angenommen herausstellte. Vor allem die Finanzierung hatte große Schwierigkeiten bereitet, und nur durch das beachtliche Darlehen der BEI konnte das Unternehmen letztlich gerettet werden. Auch die Aushandlung der Verträge zog sich über einige Jahre hin, da beide Seiten versuchten, ihre Interessen zu verteidigen. Es war unverkennbar, dass der Zweite Weltkrieg vor allem bei der luxemburgischen Regierung noch omnipräsent war. Obwohl sich diese redlich bemühte, die Vergangenheit ruhen zu lassen, merkte man vor allem bei den Vertragsverhandlungen noch immer sehr deutlich, dass die Wunden des Krieges noch nicht ganz verheilt waren. Aus dem Bericht des rheinland-pfälzischen Ministerrats ging beispielsweise hervor, dass Luxemburg für die Dauer der Konzession *eine Garantie dafür, dass der Betrieb für diese Zeit ohne Störung und ohne einen Eingriff von deutscher Seite fortgeführt werden könnte*,¹⁸⁰ wünschte. Es wurde mit dem Vertrag versucht, sich nach allen Richtungen abzusichern, was aber der Auffassung der Abgeordneten nach, wie in diesem Kapitel dargestellt wurde, nicht immer gelang.

¹⁷⁵ Vgl. Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Staatsvertrag (Anm. 167), Art. 8, S. 6f.

¹⁷⁶ Vgl. URBANY, Dominique, Rede in der Sitzung vom 26.5.1959, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959 Premier volume*, Luxembourg 1959, S. 1464.

¹⁷⁷ Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Staatsvertrag (Anm. 167), Art. 9, S. 7.

¹⁷⁸ Vgl. LINDEN, Camille, Rede in der Sitzung vom 26.5.1959, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959, Premier volume*, Luxembourg 1959, S. 1481f.

¹⁷⁹ Vgl. Abstimmung über den Gesetzesentwurf zum Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und Luxemburg betreffend das Pumpspeicherwerk in Vianden in der Sitzung vom 27.5.1959, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959, Premier volume*, Luxembourg 1959, S. 1496.

¹⁸⁰ Zit. nach Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 950 Nr. 15499: Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die Sitzung des Ministerrats vom 18.6.1958.

Vor allem bei der Ratifizierung des Staatsvertrages wurde diese Angst vor Deutschland noch einmal offensichtlich. Man befürchtete, dass die RWE, als großes deutsches Unternehmen, vermittels der SEO zu viel Einfluss in Luxemburg erhalten könnte. Nichtsdestotrotz kann aber an dieser Stelle geschlussfolgert werden, dass das Projekt sich von seiner anfänglich stark deutschfeindlich geprägten Stimmung hin zu einem Unternehmen deutsch-luxemburgischer Zusammenarbeit entwickelt hat. Die Wichtigkeit des Unternehmens wird deutlich, wenn man bedenkt, wie lange sich die Verhandlungen hingezogen hatten. Des Weiteren zeigt sich die Bedeutung für die luxemburgische Regierung darin, dass der Gesetzentwurf trotz aller Kritik angenommen wurde.

1959 wurde schließlich nach einer Planungsperiode von fast 15 Jahren mit dem Bau des Pumpspeicherwerkes begonnen. Am 17. April 1964 wurde das Kraftwerk mit den ersten 9 Maschinen eingeweiht und der Betrieb aufgenommen.

Die Bedeutung des Marshall-Plans für die Ourtalsperre

Trotz der Tatsache, dass die Finanzierung der Ourtalsperre durch einen Marshall-Plan-Kredit im Endeffekt platzte, kann die immense Bedeutung, die das ERP für das Projekt hatte, nicht geleugnet werden. Dieser abschließende Abschnitt des Kapitels soll die Bedeutung des Marshall-Plans für das Ourtalprojekt noch einmal deutlich hervorheben und die verschiedenen Aspekte beleuchten.

Auch wenn das Unterfangen letztendlich nicht durch Marshall-Gelder finanziert wurde, sondern durch Kredite der BEI und anderer Finanzinstitute, hatte der ERP erheblichen Einfluss auf dieses Werk. Es stellt ein Paradebeispiel für die Umsetzung der Marshall-Plan-Philosophie dar. Die Ziele, die sich der Marshall-Plan gesetzt hatte, wurden in diesem Projekt sozusagen in kleinem Maßstab realisiert. Es handelte sich bei diesem Unternehmen, sowohl in finanzieller als auch in technischer Hinsicht, um eine europäische Kooperation. Alleine für die Planung wurden Ingenieure aus Frankreich und der Schweiz konsultiert. Zudem wurde Deutschland in diese Kooperation integriert und bekam von den europäischen Partnern – in diesem Fall vor allem von Luxemburg – wieder Vertrauen entgegengebracht. Die anfänglich geforderten Reparationen traten immer mehr in den Hintergrund und wurden durch eine gleichberechtigte Kooperation ersetzt. Das Pumpspeicherwerk von Vianden entwickelte sich demgemäß, unter dem Einfluss der Marshall-Plan-Philosophie, zu einem Werk der europäischen Zusammenarbeit und einem der ersten Schritte hin zu einer deutsch-luxemburgischen Versöhnung.

Des Weiteren wurden mit dem Projekt der Wiederaufbau und die Ankurbelung der Wirtschaft des Großherzogtums gefördert. Die Ourtalsperre schaffte Arbeitsplätze und brachte neues Kapital nach Luxemburg. Es kam somit ebenfalls zu einer – zumindest teilweise – Öffnung der Grenzen. Die Bauarbeiter, von denen viele aus dem nahen Grenzgebiet kamen, und die Materialien, die für den Bau benötigt wurden, gelangten, um das Projekt nicht noch weiter zu verzögern, ohne aufwändige Kontrollen über die Grenze.

Eine weitere Bedeutung, die der Ourtalsperre im Rahmen des ERP zukam, war, dass durch diese Realisierung das europäische elektrische Verbundnetz weiter ausgebaut werden konnte und die Energieversorgung optimiert wurde.

Der Einfluss der Vereinigten Staaten wurde im Rahmen dieses Unterfangens ebenfalls deutlich. Auch wenn die Kreditvergabe durch die IBRD nicht erfolgte, hatten die Amerikaner das Projekt entscheidend beeinflusst. Die endgültige Fassung des Vertrags sowie die Ausführung des Projektes waren durch die langen Verhandlungen mit der Weltbank weitreichend beeinflusst worden. Der Einfluss der Vereinigten Staaten machte sich auch in der Tatsache bemerkbar, dass die Kommunisten dem Projekt nicht zustimmten. Sie waren nicht bereit, sich auf die durch die Amerikaner geförderte Zusammenarbeit einzulassen, und verurteilten das Projekt als ein Werk kapitalistischen Größenwahnsinns.

Insofern wurden also fast alle Ziele, die der Marshall-Plan sich gesetzt hatte, in diesem einzigen Projekt verwirklicht. Auch wenn das Unternehmen nicht durch das Aufbauprogramm der USA finanziert wurde, war sein Einfluss jedoch unverkennbar. Der ERP machte die Zusammenarbeit überhaupt erst möglich. Durch die finanziellen und ideologischen Impulse der Vereinigten Staaten ließ man von den Reparationsforderungen ab und stimmte einer Kooperation zu.

Es kann demnach als erwiesen angesehen werden, dass der Marshall-Plan viel dazu beigetragen hat, dass sich aus einem Projekt, das als Reparationsleistung geplant und von einer eher anti-deutschen Stimmung geprägt war, ein Werk deutsch-luxemburgischer Kooperation entwickelte. Der ERP hat dieses Projekt nicht durch finanzielle Mittel unterstützt. Doch gab er entscheidende Impulse zur europäischen Zusammenarbeit und Diversifikation der Energieerzeugung. Es ist zu bezweifeln, ob dieses Großprojekt, das nur durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mehrerer Länder zustande kommen konnte, auch ohne eine Initiative wie den Marshall-Plan realisiert worden wäre.

Die Ourtalsperre: ein europäisches Gemeinschaftswerk?

Die vorherigen Kapitel haben die Entwicklung des Ourtalprojektes und die damit verbundenen Schwierigkeiten analysiert. In diesem letzten Teil der Arbeit wird versucht werden, anhand der Resultate der bisherigen Analyse zu ergründen, was die Bedeutung dieses Projektes ausmachte. Es soll geklärt werden, ob der Ourtalsperre eine europäische Dimension innewohnte und ob sie als ein Beispiel europäischer Integration angesehen werden kann. Des Weiteren soll die Bedeutung, die das Werk für das Großherzogtum hatte, analysiert werden. Der letzte Abschnitt wird schließlich noch die Reaktionen der Öffentlichkeit beleuchten und auswerten.

Europäische Dimension der Ourtalsperre

Die Zentrale von Vianden kann definitiv als ein europäisches Gemeinschaftswerk bezeichnet und verstanden werden. Das Unternehmen nahm eine Vorreiterrolle in Europa ein, da es eines der ersten Projekte dieses Ausmaßes war, das im Rahmen einer europäischen Zusammenarbeit realisiert wurde.

Verschiedene europäische Nationen wurden auf mehreren Ebenen mit einbezogen. Schon allein die Tatsache, dass an der SEO mehrere europäische Länder beteiligt waren, bestätigt die These eines europäischen Gemeinschaftswerkes.

Des Weiteren wurde der Bau des Pumpspeicherwerkes von mehreren internationalen Betrieben ausgeführt. Aus einer Liste der SEO vom 28. Juli 1958 geht hervor, dass sich auf die Ausschreibungen Firmen aus acht europäischen Ländern

– Luxemburg, Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Schweiz, Italien und Schweden – gemeldet hatten.¹⁸¹

Darüber hinaus arbeiteten während der Bauzeit über 700 Menschen aus 9 Nationen auf der Baustelle.¹⁸² Diese große Anzahl von Arbeitskräften hätte Luxemburg niemals alleine stellen können, folglich musste auf ausländische Mitarbeiter zurückgegriffen werden.

Die Zusammenarbeit fand darüber hinaus auch schon bei den Planungen des Unternehmens statt. An der Ausarbeitung waren Ingenieurbüros aus mehreren europäischen Ländern beteiligt. Um ein Gelingen des Projektes zu garantieren, war eine Kooperation unumgänglich.

Im Rahmen dieses Projektes wurde auch versucht, die Grenzbestimmungen zu lockern. Um ein gutes Voranschreiten der Bauarbeiten zu gewährleisten, mussten Arbeiter und Material ohne große Probleme über die Grenze gelangen können. Demnach prüften die beiden Regierungen ihre Grenzregelungen, um so den ausländischen Arbeitern den Zugang zu Luxemburg zu vereinfachen.¹⁸³ Ziel war es des Weiteren, dass das Material zollfrei von einem Land ins andere gelangen konnte.¹⁸⁴

Eine weitere Ebene, welche die europäische Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Oortalsperre verdeutlicht, ist die der Finanzierung. Es wurden bei verschiedenen europäischen Bankinstituten Darlehen und Anleihen angefragt. Nachdem die IBRD nicht mehr bereit war, einen Großteil des Kredites zu übernehmen, nahm sich die BEI dieser Aufgabe an. Die BEI ist ein Institut, das explizit für die Förderung von Unternehmen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gegründet worden war. Es kam demnach im Rahmen dieses Bauvorhabens zu einer Zusammenarbeit verschiedener Nationen auf einer freundschaftlichen Basis. Bei dieser Kooperation waren alle Beteiligten gleichberechtigte Partner, und dies unabhängig von der Größe der jeweiligen Nation. An dieser Stelle wird klar, dass in der Mentalität der maßgeblichen Kräfte in verschiedenen europäischen Ländern eine Umwälzung stattgefunden hatte. Man war bereit, für ein gemeinsames Projekt zusammenzuarbeiten.

Ein weiterer Aspekt, der diese europäische Dimension unterstreicht, besteht darin, dass das Kraftwerk einen entscheidenden Beitrag zum europäischen Verbundnetz geleistet hat. In Zeiten zu großer Netzbelastung half es, die Stromzufuhr zu gewährleisten. Die Dimension des Werkes wird noch einmal deutlich, wenn man bedenkt, dass es sich zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme um das weltgrößte Pumpspeicherwerk handelte.¹⁸⁵

¹⁸¹ Vgl. ANLux MTRADIV-0097: SEO 1958 (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): Centrale de Vianden. Liste des entreprises désirant recevoir les documents pour la soumission des lot 5 (barrage et centrale de Lohmühle) et lot 6 (déviations de route dans le bassin inférieur) du 28.7.1958.

¹⁸² Vgl. MILMEISTER, Jean, 50 Jahre Tausziehen um die Oortalsperre, in: Luxemburger Marienkalender 1982, S. 160.

¹⁸³ Vgl. Kreisarchiv des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Best. 655, 194 Nr. 712: Brief der Amtsverwaltung Körperich an das Landratsamt in Bitburg bezüglich der Freigabe der neuen Ourbrücke Roth-Bettel (Lux.) für den Großen Grenzverkehr vom 21.9.1959.

¹⁸⁴ Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 950 Nr. 15498: Niederschrift über die interne vorbereitende Sitzung betreffend den Abschluss des Staatsvertrages über die Kraftanlagen an der Our vom 27.7.1953.

¹⁸⁵ Vgl. Service information et presse du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg (Hg.), L'aménagement hydro-électrique au Grand-Duché de Luxembourg, Luxembourg 1971, S. 3.

Ein weiterer Punkt, der die Ourtalsperre als ein europäisches Gemeinschaftswerk qualifizierte, war der Standort. Das Kraftwerk befand sich inmitten der wichtigsten Industriegebiete Europas, wie z. B. der Ruhr und Lothringens. Das Projekt war folglich optimal, um diese Gebiete während der Stoßzeiten mit Energie zu versorgen.

Ein letztes Argument, das sich im Rahmen der hier gestellten Frage anführen lässt, ist der Beitrag zur europäischen Wirtschaft. Durch die Bauarbeiten wurden Arbeitsplätze geschaffen. Zudem kam es zu einem Austausch technischer Mittel. Der Fortschritt und die Bildung eines gemeinsamen Marktes innerhalb Europas wurden somit gefördert. Bedingt durch die Tatsache, dass verschiedene europäische Unternehmen Aufträge für das Projekt erhielten, wurde außerdem die Wirtschaft angekurbelt.

Auch die SEO und die Zentrale an sich hatten europäischen Charakter. In einer Analyse des juristischen Statuts der SEO wurde 1953 auch auf die Frage eingegangen, weshalb die Gesellschaft als international respektiv europäisch angesehen werden konnte. In dieser Studie wurde als Grund angeführt, dass die Gesellschaft von Partnern aus verschiedenen europäischen Ländern gegründet worden war.¹⁸⁶

Des Weiteren gab man an, dass ein Großteil des für die Realisierung benötigten Kapitals ausländischer Herkunft sein würde.¹⁸⁷ Diese Annahme bewahrheitete sich schließlich, wie vorher schon angeführt worden ist.

Die Tatsache, dass das Pumpspeicherwerk an der deutsch-luxemburgischen Grenze und auf dem gemeinsamen Flusslauf errichtet werden sollte, wurde als weiterer Beweis für die europäische Dimension des Kraftwerkes angeführt.¹⁸⁸

Der Pumpstrom für das Projekt stellte, laut dem Gutachten, eine weitere Ursache für die Internationalität dar.¹⁸⁹ In der Tat wurde der Strom später von der RWE geliefert. Darüber hinaus wurde der produzierte Spitzenstrom ins Ausland verkauft, da Luxemburg nicht in der Lage war die ganze Energie aufzunehmen. Das Unterfangen wäre folglich ohne die Beteiligung anderer europäischer Nationen in dieser Form nicht möglich gewesen.

Sowohl die deutsche als auch die luxemburgische Regierung waren sich soweit über die europäische Dimension dieses Projekts einig. In den Kammer- und Landtagsdebatten wurde die Bedeutung der Talsperre als europäisches Gemeinschaftswerk immer wieder hervorgehoben. In der Landtagsdebatte vom 13. Oktober 1958 ging der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier auf die Bedeutung des Projektes für Europa ein. Er bezeichnete das Pumpspeicherwerk als ein *deutsch-luxemburgisches Gemeinschaftswerk*¹⁹⁰.

¹⁸⁶ Vgl. ANLux MTRADIV-1440: SEO Projets Coyne 1948 / 1949 / 1953 / 1962, 1948-1962 (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): Société électrique de l'Our, étude concernant le statut juridique de la Société durchgeführt von der Gesellschaft Ofinco im April 1953, S. 1.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Vgl. ANLux MTRADIV-1440: SEO Projets (Anm. 186), S. 1f.

¹⁸⁹ Vgl. ANLux MTRADIV-1440: SEO Projets (Anm. 186), S. 2.

¹⁹⁰ Zit. nach. Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 950 Nr. 15499: Stenographischer Bericht des Landtages von Rheinland-Pfalz. Vortrag von Ministerpräsident Dr. Peter Altmeier bezüglich der ersten Beratung eines Landesgesetzes über den Abschluss des Staatsvertrages zwischen Rheinland-Pfalz und Luxemburg über die Errichtung eines Wasserkraftwerkes an der Our vom 13.10.1958, S. 1766.

Des Weiteren vertrat er die Meinung, dass dieses Projekt einen wesentlichen *Beitrag zum Zusammenschluss der europäischen Wirtschaft im Gemeinsamen Markt*¹⁹¹ leisten würde. Auch bei der luxemburgischen Kammerdebatte wurde die europäische Bedeutung des Unternehmens hervorgehoben. Robert Schaffner, zu jenem Zeitpunkt Elektrizitätsminister, hob hervor, dass die Viandener Zentrale *des services éminents dans le cadre de la marche en parallèle des réseaux européens*¹⁹² leiste. Der konservativ-liberale Joseph Bech vertrat zudem die Auffassung, dass die Tragweite dieses Unternehmens den nationalen Rahmen bei Weitem überschreite.¹⁹³ Dieses Unternehmen müsse in einem gesamteuropäischen Rahmen betrachtet werden, um seine Bedeutung zu verstehen.¹⁹⁴ Das Werk sei im Zusammenhang mit einer *politique tendant vers l'unification de l'Europe*¹⁹⁵ entstanden. Diese Aussage verdeutlicht die Bedeutung, die dem Unternehmen als europäischem Gemeinschaftswerk zugemessen wurde.

Im Rahmen des Pumpspeicherwerkes von Vianden kann also durchaus von einem Werk mit einer europäischen Dimension gesprochen werden. Alleine die Tatsache, dass das Projekt durch einen Vertrag von zwei europäischen Nationen besiegelt wurde, machte diese europäische Konnotation erkennbar.

Es war zudem eines der ersten in Europa realisierten Projekte mit einem derartigen Ausmaß an Kooperation. In einer Veröffentlichung des „Service information et presse“ des luxemburgischen Staates wird von dem Unternehmen als einem *exemple particulièrement spectaculaire d'une oeuvre européenne*¹⁹⁶ gesprochen. Es war eines der ersten Projekte einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik, und deshalb kann die europäische Dimension nur bestätigt werden. Aus den oben dargelegten Gründen kann demnach geschlossen werden, dass dieses Projekt ein europäisches Gemeinschaftswerk darstellte und von den beteiligten Nationen, vor allem von Luxemburg und Deutschland, auch als ein solches wahrgenommen wurde. Die Ourlalsperre sollte ein wichtiger Schritt hin zu einem Zusammenschluss der europäischen Wirtschaft zu einem gemeinsamen Markt darstellen.

Das Viandener Pumpspeicherwerk, ein Beispiel europäischer Integration?

Die deutsche Reintegration und die allgemeine europäische Integration waren eng miteinander verbunden. Die Verantwortlichen des Marshall-Plans versuchten nach dem Zweiten Weltkrieg, Deutschland wieder in Europa zu integrieren und zu einer erneuten Akzeptanz des ehemaligen Kriegsfeindes beizutragen. Man war sich bewusst, dass Deutschland einerseits wirtschaftlich und politisch gestärkt werden musste, um so das Land und Europa stabilisieren zu können. Andererseits blieb aber die Angst bestehen, dass durch eine wirtschaftliche Wiedererstarkung Deutschland eine erneute Gefahr für den europäischen Frieden darstellen könn-

¹⁹¹ Zit. nach ebd.

¹⁹² Zit. nach SCHAFFNER, Robert, Rede in der Sitzung vom 26.5.1959, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959*, Premier volume, Luxembourg 1959, S. 1457f.

¹⁹³ Vgl. BECH, Joseph: Rede in der Sitzung vom 26.5.1959, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959*, Premier volume, Luxembourg 1959, S. 1467.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Zit. nach BECH: Rede (Anm. 193), S. 1468.

¹⁹⁶ Zit. nach Service information et presse, *L'aménagement* (Anm. 185), S. 15.

te.¹⁹⁷ Dieses Dilemma bereitete auch den Vereinigten Staaten bei der Durchführung des Marshall-Plans Schwierigkeiten. Es wurde folglich versucht, wie Thomas Schwartz es treffend ausdrückte, *Deutschland in Westeuropa zu „integrieren“, in der Hoffnung die europäischen Organisationen und Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen, die jegliches Wiederaufleben eines deutschen Nationalismus und von Autarkiebestrebungen unterbinden sollten*.¹⁹⁸ Man war sich jedoch auch bewusst, dass mit dem Aufbau der deutschen Wirtschaft die Tatsache einherging, dass dem Land wieder mehr Rechte zugestanden werden mussten.¹⁹⁹

Diese Tendenz kann teilweise auch bei dem Ourlalprojekt erkannt werden. Im Laufe der Vertragsverhandlungen wurden der rheinland-pfälzischen Regierung nach und nach mehr Rechte eingeräumt, bis schließlich sogar in Artikel 9 des Abkommens festgehalten wurde, dass den deutschen Beteiligten *ein gebührender Einfluss*²⁰⁰ innerhalb der SEO zustehe.

Das Dilemma, mit dem sich die amerikanischen Autoritäten konfrontiert sahen, ist auch bei den luxemburgischen Regierungsvertretern im Rahmen der Ourlalsperre zu beobachten. Zum einen wollte man Deutschland als Partner für dieses Projekt gewinnen und war zu einer gemeinsamen Kooperation bereit, zum anderen bestand jedoch eine Restangst vor dem ehemaligen Besatzer. Dies kam deutlich bei den langwierigen Vertragsverhandlungen zum Ausdruck.

Thomas Schwartz erwähnte in seinem Aufsatz zur europäischen Integration, dass der amerikanische General Lucius D. Clay der Meinung war, dass die Mitgliedsländer der OECE in der Mehrzahl aus deutschfeindlichen Nationen bestünden, die in besagtem Land noch immer den einstigen Feind sähen.²⁰¹ Diese Einschätzung traf in der Tat für die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zu.

Im Falle der Ourlalsperre war diese antideutsche Haltung zunächst ebenfalls zu beobachten. Zu Beginn wurde gefordert, dass Deutschland das Kraftwerk lediglich baue und anschließend Luxemburg überlasse. Zudem wurden Gebietsabtretungen gefordert, wodurch das Pumpspeicherwerk ganz auf großherzoglichem Territorium gelegen hätte, inklusive Ourlalsperre. Bei näherer Beobachtung der weiteren Entwicklung des Projektes wird jedoch klar, dass sich die Denkweise der luxemburgischen Regierung gegenüber Deutschland änderte. Es kam allmählich zu einer Akzeptanz Deutschlands von Seiten der luxemburgischen Regierung. Man war bereit, gleichberechtigte Verhandlungen über einen Staatsvertrag mit dem ehemaligen Feind einzugehen, und auch die Wünsche Deutschlands wurden berücksichtigt, wie die Untersuchung des Abkommens bereits ergeben hat.

Das Ansehen der Bundesrepublik war demnach einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wieder so weit gestiegen, dass das Vertrauen für eine Kooperation vom

¹⁹⁷ Vgl. SCHWARTZ, Thomas A., Europäische Integration und „Special Relationship“ – Zur Durchführung des Marshall-Planes in der Bundesrepublik Deutschland, 1948-1951, in: MAIER, Charles S. / BISCHOF, Günter (Hg.), Deutschland und der Marshall-Plan, Baden-Baden 1992, S. 201f.

¹⁹⁸ Zit. nach SCHWARTZ, Europäische Integration (Anm. 197), S. 202.

¹⁹⁹ Vgl. HOGAN, Michael J., Europäische Integration und deutsche Reintegration: Die Marshall-Planer und die Suche nach Wiederaufbau und Sicherheit in Westeuropa, in: MAIER/BISCHOF (Hg.), Deutschland und der Marshall-Plan (Anm. 197), S. 152.

²⁰⁰ Zit. nach Archives de la BEI: LU-19597005-Our-20 Signature: Staatsvertrag (Anm. 167), Art. 9, S. 7.

²⁰¹ Vgl. SCHWARTZ: Europäische Integration (Anm. 197), S. 206.

Ausmaß des Großprojektes Ourtalsperre ausreichte. Vor allem im Rahmen der Versöhnungsproblematik zwischen Deutschland und Luxemburg hatte das Projekt des Viandener Pumpspeicherwerkes entscheidend zu einer Besserung der Beziehungen beigetragen. Es fand an dieser Stelle sozusagen eine Kehrtwende in der Denkweise der luxemburgischen Politiker statt. Nachdem der erste Schock des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen überwunden war, konnte man verzeihen und es wurde gewissermaßen versucht, noch einmal von vorne anzufangen. Auch der Umstand, dass Restzweifel gegenüber Deutschland bestehen blieben, verhinderte diese Kooperation nicht. Dies verdeutlicht noch einmal die Bedeutung dieses Kraftwerkes und zeigt, wie wichtig den beiden Nationen diese Zusammenarbeit war.

Die luxemburgische Integration ins europäische Gemeinschaftsgefüge wurde ebenfalls durch dieses Projekt gefördert. Das Großherzogtum war aus dem Zweiten Weltkrieg moralisch gestärkt hervorgegangen. Es trat nach dem Krieg wesentlich selbstbewusster auf und hatte sein „Trauma“ der Zwischenkriegszeit überwunden. Das kleine Land erfuhr wesentlich mehr Akzeptanz von den großen Nachbarn, als dies noch vor dem Krieg der Fall gewesen war. Luxemburg wurde von den anderen europäischen Nationen respektiert und trotz seiner bescheidenen Größe als gleichberechtigter Partner behandelt. Dies wurde auch bei dem Viandener Pumpspeicherwerk ersichtlich. Bei den Vertragsverhandlungen, sowohl mit Deutschland als auch mit der französischen EDF, wurde diese Tatsache klar erkennbar. Das Großherzogtum konnte seine Interessen einbringen und die Abkommen zu seinen Gunsten beeinflussen.

Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit war das Großherzogtum folglich nicht mehr der Spielball der mächtigen Nachbarn. Nachdem das Land in Folge des Ersten Weltkrieges das Diktat der Alliierten hatte hinnehmen müssen, gehörte es nun selber zu den Alliierten und konnte sein Schicksal selbst bestimmen. Die europäische Integration Luxemburgs wurde auch dadurch ersichtlich, dass die großherzogliche Regierung und mit ihr die übrigen Regierungen der Beneluxstaaten begriffen hatten, dass man alleine auf keinen Fall in der neuen Weltordnung überleben konnte.²⁰² Das Großherzogtum war abhängig von seinen Exporten ins Ausland. Es war demnach abhängiger als alle übrigen europäischen Nationen von der Wirtschaftssituation der anderen Länder.²⁰³ Michael Hogan erklärte in seinem Aufsatz zur europäischen Integration und deutschen Reintegration, dass die Niederlande der Idee einer europäischen Gemeinschaft positiv gegenüberstanden, da sie sich erhofften, den wichtigen Handel, den sie vor dem Krieg mit Deutschland führten, wieder aufnehmen zu können.²⁰⁴ Ähnlich war die Situation auch bei dem Großherzogtum gelagert. Wie in meinem ersten Beitrag bereits erläutert wurde, war Deutschland schon immer ein wichtiger Absatzmarkt für Luxemburg gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es daher nicht unbedeutend, diesen Handelspartner wiederzugewinnen. Das Projekt Ourtalsperre sollte in diesem Zusammenhang einen wichtigen Schritt hin zum Aufbau neuer Handelsbeziehungen darstellen.

²⁰² Vgl. GRIFFITHS, Richard T., Die Benelux-Staaten und die Schumanplan-Verhandlungen, in: HERBST, Rudolf u. a. (Hg.), Vom Marshall-Plan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, München 1990, S. 264f.

²⁰³ Vgl. GRIFFITHS, Die Benelux-Staaten (Anm. 202), S. 264.

²⁰⁴ Vgl. HOGAN, Europäische Integration (Anm. 199), S. 160.

Des Weiteren engagierte sich das Land bei den meisten internationalen Organisationen und gehörte zu den Gründungsmitgliedern der europäischen Gemeinschaft. Dieses Engagement zeigte sich auch bei der Ourtalsperre. Nachdem von dem Kraftwerk als Reparationsleistung abgesehen wurde, kam man zu der Auffassung, dass die Realisierung des Projektes nur unter der Voraussetzung einer europäischen Zusammenarbeit möglich sei. Das Unternehmen Ourtalsperre stellte eine der ersten großen Gelegenheiten dar, bei denen die Europäer diese neue Kooperationsbereitschaft unter Beweis stellen konnten.

Das Viandener Pumpspeicherwerk stellte demnach in weiten Teilen sicherlich ein Beispiel europäischer Integration und deutscher Reintegration dar. Als direkt nach Kriegsende mit den Planungen angefangen wurde, war das Großherzogtum im Wesentlichen darauf bedacht, seine eigenen Interessen durchzusetzen und das Projekt im Rahmen der Reparationsleistungen zu realisieren. In den 15 Jahren, die noch bis zur Ausführung des Unternehmens benötigt wurden, entwickelte sich das Viandener Pumpspeicherwerk allerdings immer mehr zu einem deutsch-luxemburgischen Gemeinschaftswerk, das viel zur Versöhnung der beiden Länder beitrug.

Neben der Reintegration Deutschlands wurde aber auch die allgemeine europäische Integration mit diesem Projekt gefördert. Im vorherigen Kapitel wurde dargelegt, auf welchen verschiedenen Ebenen eine Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nationen stattgefunden hatte. Das ERP basierte auf *den Grundsätzen gemeinsamen Handelns, der gemeinsamen Planung und der Ressourcenteilung*²⁰⁵, die durch den Beistand der Vereinigten Staaten unterstützt werden sollten. Diese Grundsätze wurden in großen Teilen bei der Ourtalsperre umgesetzt. Die Wirtschaften der beteiligten Länder wurden durch das Unterfangen angekurbelt; Anfänge eines gemeinsamen Marktes und einer Liberalisierung des Handels- und Grenzverkehrs wurden verwirklicht. Das Projekt wurde zudem von den verschiedenen Nationen gemeinsam konzipiert und die Ausführungsaufträge wurden an Firmen aus verschiedenen europäischen Ländern vergeben.

Der Bedeutung des Viandener Pumpspeicherwerks für die Versöhnung Deutschlands und Luxemburgs waren sich die Politiker, die an der Planung dieses Unternehmens beteiligt waren, durchaus bewusst. Ministerpräsident Altmeier beschrieb das Projekt als einen *Brückenschlag*²⁰⁶ zwischen den beiden Ländern. Der Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und Luxemburg sei ein weiterer Schritt auf dem Weg, *jene unselige Vergangenheit zu überwinden, die durch die Unrechtstaten des Nationalsozialismus die jahrhundertealten kulturellen, menschlichen und familiären Beziehungen mit unserem luxemburgischen Nachbarland so sehr getrübt hatten*²⁰⁷. Der luxemburgische Staatsminister Pierre Werner bezeichnete das Projekt als *l'expression de la bonne entente entre les autorités et la population des deux côtés de la frontière*²⁰⁸. Des Weiteren fügte er noch hinzu, dass es sich hier um eine beispielhafte europäische Zusammenarbeit gehandelt habe und dass die *anzustre-*

²⁰⁵ Zit. nach HOGAN, Europäische Integration (Anm. 199), S. 151.

²⁰⁶ Zit. nach Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 950 Nr. 15499: Stenographischer Bericht des Landestages (Anm. 190), S. 1766.

²⁰⁷ Zit. nach ebd.

²⁰⁸ Zit. nach WERNER, Pierre, Allocution du Ministre d'Etat à l'occasion de l'inauguration de la centrale de Vianden, in: Bulletin de Documentation N° 5, 30.4.1964, S. 13.

bende europäische Energiepolitik an diesem Beispiel eine Rechtfertigung und einen Ansporn erfahren möge²⁰⁹. Robert Schaffner, der zu jenem Zeitpunkt Minister für öffentliche Arbeiten war, beschrieb das Projekt noch treffender: *Cette oeuvre est l'expression de la volonté tenace d'une petite nation vers le progrès technique et économique désireuse de compenser son infériorité politique sur le plan international par l'affirmation de ses valeurs culturelles, spirituelles et humaines. Elle s'est inspirée d'un élan spontané vers la réalisation de cette solidarité, de cette intégration européenne qui constitue le thème principal des relations internationales de notre temps.*²¹⁰

Trotz dieser Aussagen muss an dieser Stelle jedoch angeführt werden, dass zumindest von der luxemburgischen Seite her immer ein Restzweifel an der Vertrauenswürdigkeit Deutschlands bestehen blieb. Aus diesem Grund kann auch nur von einer „teilweisen“ Integration im Rahmen des Pumpspeicherwerkes Vianden gesprochen werden. Es ist klar, dass die „Wunden“, die durch den Zweiten Weltkrieg verursacht worden waren, nicht direkt verheilt. Dies erklärt die Skepsis, die trotz allem nach Abschluss des Staatsvertrages zum Bau der Ourlalsperre bestehen blieb.

Trotz einiger Abstriche kann es dennoch als ein Beispiel europäischer Integration gewertet werden, da es auf verschiedenen Ebenen einen entscheidenden Beitrag zur europäischen Kooperation und zur deutsch-luxemburgischen Versöhnung geleistet hatte. Die Reintegration Deutschlands und die allgemeine europäische Integration hätten nicht von einem Tag auf den anderen realisiert werden können, sondern mussten einen langen Entwicklungsprozess durchlaufen, der das fragile Vertrauen zwischen den Ländern aufbaute. Dieser Entwicklungsprozess wurde auch bei der Ourlalsperre deutlich.

Die Rolle der SEO für Luxemburg

Die SEO spielt in vielerlei Hinsicht eine wichtige Rolle für das Großherzogtum Luxemburg. In den vorherigen Abschnitten dieses Artikels wurden schon einige der wirtschaftlichen und politischen Faktoren des Pumpspeicherwerkes ersichtlich. Die beiden nachfolgenden Abschnitte sollen diese zusammenfassen und klären, was dieses Unternehmen sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht für das Land so bedeutend machte und noch immer macht.

Wirtschaftliche Faktoren

Der bedeutendste wirtschaftliche Aspekt des Pumpspeicherwerkes Vianden bestand vor allem in der Lösung des Energieproblems des Großherzogtums. Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die luxemburgische Energieproduktion, bis auf einige Ausnahmen, vorwiegend aus thermischen Kraftwerken bestanden. Die Ourlalsperre begünstigte die Diversifikation des großherzoglichen Stromsektors und unterstützte zudem den Ausbau und die Förderung des gesamteuropäischen Verbundnetzes.

Das Projekt erlaubte es außerdem, die luxemburgische Stahlindustrie, die bis zu jenem Zeitpunkt fast der einzige Stromlieferant des Landes war, zu entlasten. Die

²⁰⁹ Zit. nach ebd.

²¹⁰ Zit. nach SCHAFFNER, Robert, Allocution du Ministre des Travaux Publics à l'occasion de l'inauguration de la centrale de Vianden, in: Bulletin de Documentation N° 5, 30.4.1964, S. 14.

Stahlindustrie konnte somit den von ihr produzierten Strom für eigene Bedürfnisse nutzen.

Die Tatsache, dass das Pumpspeicherwerk auf luxemburgischem Gebiet erbaut wurde, verlieh dem Land zudem etwas mehr Unabhängigkeit vom internationalen Strommarkt. Obwohl die RWE einer der Hauptaktionäre der SEO waren, hatte der luxemburgische Staat genügend Einfluss auf die Gesellschaft, um seine Interessen, d.h. vor allem die Gewährleistung der luxemburgischen Energieversorgung, durchzusetzen. Es wurde folglich eine gewisse Autonomie im Energiesektor erlangt, und man konnte sich – im Gegensatz zur Vorkriegszeit – etwas von der Abhängigkeit von Kohlelieferungen aus dem Ausland lösen.

Ein weiterer wirtschaftlicher Faktor, der von dem Projekt ausging, war, dass sich durch die SEO der Strompreis um die Hälfte verbilligte.²¹¹

In der Kammerdebatte vom 26. Mai 1959 ging Minister Robert Schaffner auf die ökonomische Bedeutung des Unternehmens ein. Studien hätten ergeben, dass das Projekt – nach seiner endgültigen Fertigstellung – das Großherzogtum für 25 Jahre mit Energie versorgen könnte.²¹² Zeit genug, um sich nach weiteren Alternativen umzuschauen, auf die nach diesen 25 Jahren zurückgegriffen werden könnte.

Des Weiteren führte er an, dass die Viandener Zentrale zudem die Möglichkeit biete die Einführung der Atomenergie zu verzögern.²¹³ Er argumentierte, dass in der Zeit, wo Vianden die Stromversorgung des Landes sichere, die Entwicklung auf dem Gebiet der Nuklearenergie sicherlich noch weiter fortschreiten und somit auch billiger würde als zu dem damaligen Zeitpunkt.²¹⁴ Für die weitere Sicherung der Energieversorgung Luxemburgs bestand demnach ein gewisser Handlungsspielraum. Hieraus wird demnach deutlich, wie wichtig die SEO für den Energiesektor Luxemburgs war.

Allerdings spielte das Kraftwerk nicht nur eine wichtige Rolle für den Stromsektor. Mit dem Bau der Zentrale waren einige Faktoren verbunden, die für die großherzogliche Wirtschaft von Nutzen sein sollten: Es wurden kurz- und langfristige Arbeitsplätze geschaffen. Während der Bauzeit waren an dem zukünftigen Standort des Kraftwerkes über 700 Arbeiter beschäftigt. Diese kamen natürlich nur zum Teil aus Luxemburg, dennoch waren sie wichtig für die Ankurbelung der Wirtschaft. Von den ausländischen Arbeitern, die aus neun verschiedenen Nationen stammten, mussten einige während der Baudauer in Vianden und Umgebung leben. An dieser Stelle wird ein weiterer wirtschaftlicher Aspekt ersichtlich: Die Bauarbeiter und ihre Familien brachten Geld ins Großherzogtum, das sie in den Geschäften des Landes ausgaben.

Darüber hinaus versuchte die SEO im Rahmen ihrer Möglichkeiten, wie auch schon in den Statuten und dem Staatsvertrag festgehalten wurde, Aufträge an luxemburgische Firmen zu vergeben, was eine weitere Anregung für die hiesige Wirtschaft bedeutete.

²¹¹ Vgl. Vor fünfzig Jahren. Luxemburg und der Marshall-Plan (V), in: Luxemburger Wort Nr. 200 vom 2.9.1998, S. 3.

²¹² Vgl. SCHAFFNER, Rede (Anm. 192), S. 1454.

²¹³ Ebd.

²¹⁴ Ebd.

Langfristig wurden durch das Kraftwerk rund 200 Arbeitsplätze geschaffen. Fast alle Angestellten stammten aus einem Umkreis von 8 km.²¹⁵

Des Weiteren wurde mit der Talsperre der Fremdenverkehr intensiviert.²¹⁶ Obwohl diese Region schon vorher ein beliebtes Ausflugsziel für Touristen darstellte, bot das zu jener Zeit weltgrößte Pumpspeicherwerk einen weiteren Anreiz für die Besucher. Noch heute stellt die Viandener Zentrale einen Anziehungspunkt für Reisende dar. Es kam infolgedessen zu einer Aufwertung der Ourtalregion. Diese Gegend war vorher recht arm gewesen, da es nur wenig fruchtbares Ackerland gab. Durch das Pumpspeicherwerk erhielten die Bewohner, die Land abtreten mussten, eine angemessene Entschädigung und einige fanden bei der SEO eine neue Arbeitsstelle. Der Lebensstandard der Region konnte so angehoben werden.

Hinzuzufügen bleibt noch, dass der luxemburgische Staat durch die SEO zusätzliche Steuereinnahmen verzeichnen konnte. Da es sich im Falle der SEO um eine luxemburgische Gesellschaft handelte und das Kraftwerk zudem auf luxemburgischem Territorium lag, war sie dem luxemburgischen Steuerrecht unterworfen. Auch wenn die SEO Steuerermäßigungen in Höhe von 50 % erhielt, konnte die luxemburgische Regierung dennoch Einnahmen durch das Pumpspeicherwerk registrieren. Aus einem Dokument des Transportministeriums geht hervor, dass mit Steuereinnahmen in Höhe von 80 Millionen Luxemburger Franken während des Baus und 20 Millionen nach der Fertigstellung gerechnet wurde.²¹⁷

Die SEO spielte in wirtschaftlicher Hinsicht demnach durchaus eine wichtige Rolle für das Großherzogtum. Es sicherte die Energieversorgung, schuf Arbeitsplätze und kurbelte den Tourismus in der Ourtalgegend an. Darüber hinaus spielte die SEO zur Zeit ihrer Gründung und während der Planung des Pumpspeicherwerkes auch politisch eine wichtige Rolle, wie im nächsten Absatz dargestellt werden wird.

Politische Faktoren

Vom politischen Standpunkt aus betrachtet, sind vier Faktoren anzuführen, die die Bedeutung der SEO für Luxemburg aufzeigen.

Der sozialistische Abgeordnete Antoine Wehenkel schrieb dem Projekt eine nationale Bedeutung zu, wohingegen es in Deutschland hauptsächlich für die RWE eine wichtige Rolle spielte.²¹⁸ Dass das Pumpspeicherwerk eine so außerordentliche Rolle für das gesamte Großherzogtum spielte, ist sicherlich in seinem Verhältnis zur Gesamtwirtschaftsleistung des Landes zu sehen. Luxemburg konnte, wie bereits in dem vorherigen Abschnitt dargelegt wurde, wesentliche wirtschaftliche Vorteile aus diesem Projekt ziehen, die dem ganzen Land zu Gute kamen. Das Unternehmen sicherte schließlich die Stromversorgung des gesamten Großherzogtums und kurbelte die Wirtschaft an. In Deutschland konnte hingegen, abgesehen

²¹⁵ Vgl. Spitzenstrom für Europa. Aspekte des Viandener Pumpspeicherwerks, in: Luxemburger Wort Nr. 258 vom 17.11.1979, S. 27.

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ Vgl. ANLux MTRADIV-0098: SEO 1958 (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié): Avantages de la Centrale de Vianden pour le Luxembourg et formules de financement vom 28.11.1957.

²¹⁸ Vgl. WEHENKEL, Antoine, Rede in der Sitzung vom 27.5.1959, in: Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959, Premier volume, Luxembourg 1959, S. 1492.

von dem Anschluss an das europäische Verbundnetz, nur die RWE von dem Projekt profitieren.

Ein zweiter wichtiger Aspekt, der die Bedeutung des Pumpspeicherwerkes für Luxemburg auf einer politischen Ebene deutlich machte, ist derjenige der deutsch-luxemburgischen Beziehungen. Wie im vorherigen Kapitel bereits im Detail analysiert wurde, war das Unternehmen ein entscheidender Schritt hin zu einer deutsch-luxemburgischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Großherzogtum war sozusagen über seinen eigenen Schatten gesprungen, um jenes Projekt in einer europäischen Kooperation zusammen mit Deutschland zu realisieren. Das Misstrauen gegenüber dem deutschen Nachbarn konnte zwar nicht ganz, aber immerhin teilweise beseitigt werden. Die Viandener Zentrale spielte folglich eine wichtige Rolle für die Förderung der internationalen Beziehungen Luxemburgs.

Des Weiteren wurde durch die SEO eine Förderung der europäischen Gemeinschaft und eines gemeinsamen Marktes erreicht. Grenzbestimmungen zur Einfuhr von Material und Arbeitskräften wurden gelockert. Es war ein weiterer Schritt hin zur Integration ins europäische Gemeinschaftsgefüge.

Der letzte und vielleicht auch wichtigste politische Faktor im Rahmen der Oortalssperre stellte die Steigerung der Anerkennung Luxemburgs im Ausland dar. Das Projekt erhöhte das Selbstbewusstsein des Großherzogtums. Es konnte beweisen, dass es nicht mehr der Spielball der großen Nachbarn war, wie noch vor dem Zweiten Weltkrieg, sondern dass es selbstbestimmt und gleichberechtigt gegenüber den anderen europäischen Nationen war. Das Unternehmen sollte eine der ersten Gelegenheiten darstellen, bei denen Luxemburg sich nicht den „Großen“ unterordnen musste, sondern selbst eine bestimmende Position innehatte. Darin bestand auch einer der wesentlichen Unterschiede zum Projekt der Zwanziger Jahre, das allein auf deutsche Interessen ausgerichtet gewesen war; bei jenem wäre dem Großherzogtum keinerlei Mitbestimmungsrecht eingeräumt worden.

Die SEO spielte ergo sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht eine wichtige Rolle für Luxemburg. Die wirtschaftlichen Vorteile für das Land dauern bis heute an, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Gesellschaft zur Zeit dabei ist, das Werk um eine 11. Maschine zu erweitern und sie auch im Bereich der erneuerbaren Energien tätig ist. Die politische Bedeutung des Pumpspeicherwerkes ist mittlerweile allerdings – bis auf den Umstand, dass der Staat noch immer einer der Hauptaktionäre im Konzern ist – geringer geworden.

Die Aufnahme des Projektes in der Öffentlichkeit

Am Oortalprojekt der Nachkriegszeit herrschte ähnlich viel öffentliches Interesse wie bei jenem der zwanziger Jahre. Allgemein kann bei dem Nachkriegsprojekt festgestellt werden, dass dieses Mal die Zeitungen jedweder politischer und auch regionaler Ausrichtung dem Unternehmen gegenüber eher positiv eingestellt waren. Die Oortalssperre wurde als eine große Chance für beide Länder angesehen. An dieser Stelle wird demnach schon klar, wie sehr sich die Einstellung gegenüber diesem Riesenunternehmen verändert hatte.

Schon Anfang der 50er Jahre, als das Projekt noch in den Kinderschuhen steckte, wurde in den Zeitungen darüber berichtet. Ein Argument, das in den Zwanziger Jahren immer wieder gegen die Talsperre angebracht worden war, war jenes der

Verschandelung der Ourtalgegend. Diese Ansicht schien sich nun geändert zu haben. Aus dem „Lëtzeburger Journal“, ehemals die „Obermosel-Zeitung“, ging am 27. Januar 1951 hervor, dass es sich bei dem Projekt keineswegs um eine Verunstaltung der Umgebung handelte.²¹⁹ Die Natur selbst sei *der Vater des Gedankens gewesen*²²⁰. Darüber hinaus stelle das Pumpspeicherwerk eine Sehenswürdigkeit dar, die *unzählige Schaulustige*²²¹ anziehen werde. Folglich kann bereits in diesem frühen Stadium des Unternehmens festgestellt werden, dass das Projekt positiver aufgenommen wurde und es als eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung des Großherzogtums angesehen wurde.

Bemerkenswert bei dem Projekt der SEO war auch, dass der Abgeordnete und Bürgermeister der Stadt Vianden, Victor Abens, nun zu einem der größten Befürworter und Förderer des Projektes geworden war. Im Jahr 1926 hatte der Viandener Gemeinderat noch im Rahmen des RWE-Großprojektes einen Brief an den Staatsminister verfasst, in welchem er seine Bedenken gegenüber diesem Projekt aussprach. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich die Haltung zur Talsperre entscheidend geändert. In der „Revue“ vom 13. Dezember 1951 betonte Victor Abens noch einmal, dass der Bau der Talsperre notwendig sei. Ihm zufolge war der *wirtschaftliche Aufschwung, den unser Kanton durch die Verwirklichung erleben würde [...] gar nicht abzuschätzen*²²². Er führte an, dass der Bau einen ungeheuren Aufschwung für den Tourismus bedeuten und nach dem abgeschlossenen Wiederaufbau den Anwohnern wieder Arbeitsplätze beschaffen würde.²²³ In diesem Artikel ging der Bürgermeister Viandens zudem auf die Frage nach der Reaktion der Bevölkerung ein, die ihre Häuser verlassen musste. Er äußerte hierzu, dass die Bewohner ihre Häuser sicherlich nicht gerne aufgeben würden, jedoch nehme er an, dass *ihr praktischer Sinn überall die Oberhand behält*²²⁴. Das Kraftwerk würde neue Arbeitsplätze schaffen, die Wohnbedingungen mit den neuen Häusern würden optimiert und die Lohnverhältnisse zudem verbessert.²²⁵ Demnach schlussfolgerte Abens: *Je eher mit dem Bau begonnen wird, umso besser für jedermann. Wir Viandener werden auf jeden Fall alles tun, was in unseren Kräften steht, um mitzuhelfen, das große Werk zu realisieren.*²²⁶

Diese Aussage verdeutlicht somit noch einmal, inwiefern sich die Einstellung gegenüber der Ourtalsperre seit den Zwanziger Jahren geändert hatte. Victor Abens konnte die Bewohner der umliegenden Dörfer besser von den Vorteilen des Projektes überzeugen, als irgendein anderer Politiker es hätte tun können, da er selbst ein Einheimischer war. Auch in der Abgeordnetenversammlung sprach sich der Bürgermeister Viandens für die Realisierung des Unternehmens aus, er verlangte jedoch, dass

²¹⁹ Vgl. Pumpspeicherwerk im Tal der Our, in: Lëtzeburger Journal Nr. 22 vom 27.1.1951.

²²⁰ Zit. nach ebd.

²²¹ Zit. nach ebd.

²²² Zit. nach Barrage de l'Our, in: Revue. Lëtzeburger Illustre'ert Nr. 50 vom 13.12.1951.

²²³ Ebd.

²²⁴ Zit. nach ebd.

²²⁵ Ebd.

²²⁶ Ebd.

die Sorgen der Anwohner absolute Priorität haben mussten.²²⁷ Die Kumulierung seines Bürgermeisteramtes mit dem des Abgeordneten war dem Projekt im Endeffekt mehr als zuträglich. So konnten die Interessen der Anwohner gewahrt und das Unternehmen dennoch realisiert werden.

Auch Lex Jacoby bestätigt die Annahme, dass Victor Abens einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen des Projektes geleistet hatte. In seinem Aufsatz im „Lëtzeburger Almanach“ schrieb er, dass es *vor allem der „Politiker“ und gute Geist des Städtchens Vianden, Victor Abens [...]*²²⁸ war *[...] der die Leute von den vielen Vorteilen überzeugte, die das Kraftwerk mit sich bringen würde*²²⁹. Die Tatsache, dass die Bevölkerung bei diesem Unternehmen demnach weniger Widerstand leistete, war sicherlich zu einem Großteil der unermüdlichen Überzeugungsarbeit des Viandener Bürgermeisters zu verdanken.

Die Auffassung, die Victor Abens im „Revue“-Artikel in Zusammenhang mit der Ourtalsperre vertrat, spiegelte sich auch bei der Bevölkerung wider. In den Zwanziger Jahren waren die Anwohner der Ourtalgegend eines der Haupthindernisse für den Bau des Kraftwerkes gewesen.²³⁰ Bei dem Nachkriegsprojekt mussten rund 15 Häuser, Ställe, Schuppen, Scheunen, der Dorfladen, die Bivelsers Mühle und die Lambertuskapelle der Talsperre und dem damit verbundenen Stausee weichen.²³¹ Im Gegensatz zu dem Projekt der Zwischenkriegszeit mussten nur vergleichsweise wenige Häuser aufgegeben werden.

Anfänglich waren die Bewohner des Ourtals der Talsperre gegenüber skeptisch; dies sollte sich aber schnell ändern. Die Wochenzeitschrift „Revue“ veröffentlichte am 13. Dezember 1952 einen Bericht über das Projekt und befragte die Anwohner der betroffenen Dörfer. Aus diesem Artikel ging hervor, dass rund 98 % der Bevölkerung für den Bau der Talsperre waren.²³² Die Reportage wies allerdings darauf hin, dass die Anwohner sich unzufrieden angesichts der ungenügenden Mitteilungen seitens der Regierung zeigten.²³³ Es muss hier jedoch beachtet werden, dass diese Berichterstattung 1952 erschien, zu einem Zeitpunkt, als das Projekt noch weit von seiner Ausführung entfernt war. Demnach war es der luxemburgischen Regierung noch gar nicht möglich, Details zum Unternehmen zu veröffentlichen. Davon abgesehen waren die Meinungen der Bürger sehr positiv. Zwei Bauern, die im Rahmen der Reportage interviewt wurden, bemerkten, dass die Angelegenheit so schnell wie möglich realisiert werden sollte.²³⁴ Würde es nach ihnen gehen, wäre die Talsperre schon längst errichtet worden.²³⁵ Ein weiterer befragter Bürger – ein 84-jähriger Mann – bekundete sein Bedauern, dass er die Ausführung des Projektes

²²⁷ Vgl. ABENS, Victor, Rede in der Sitzung vom 27.5.1959, in: *Compte rendu des Séances de la Chambre des Députés du Grand-Duché de Luxembourg 1959*, Premier volume, Luxembourg 1959, S. 1495.

²²⁸ Zit. nach JACOBY, Lex, Bivels-unter-der-Our, in: *Lëtzeburger Almanach vum Joerhonnert. 1900-1999*, Luxembourg 1999, S. 287.

²²⁹ Zit. nach ebd.

²³⁰ Siehe SCHOLER, Die Vorgeschichte (Anm. 1), S. 96-100.

²³¹ Vgl. JACOBY: Bivels-unter-der-Our (Anm. 228), S. 383.

²³² Vgl. Barrage de l'Our, in: *Revue. Letzeburger Illustre'ert* Nr. 50 vom 13.12.1951.

²³³ Ebd.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Ebd.

wahrscheinlich nicht mehr miterleben werde.²³⁶ Da das Ackerland im Ourtal nicht sehr fruchtbar war, trauerten die Bewohner dem Verlust nicht nach. Sie waren der Meinung, dass durch das Kraftwerk *die eigenen Kinder es später bestimmt besser haben werden*²³⁷. Hier zeigt sich bereits deutlich, dass die Leute dem Ganzen schon in der Anfangsphase positiv gegenüberstanden.

Auch der Aufsatz von Lex Jacoby geht auf die Reaktionen der Bevölkerung ein. Jacoby zitiert den Wirtschaftswissenschaftler Adrien Ries, Bewohner aus Bivels, der die Auffassung vertrat, dass man durch die Viandener Zentrale *mit einem Satz aus einem hinterwäldlerischen Dorf ins 20. Jahrhundert gesprungen*²³⁸ sei. In der Tat brachte die Ourtalsperre den Einwohnern der betroffenen Dörfer einige Vorteile und Erneuerungen. Diejenigen die ihre Häuser aufgaben, bekamen neue errichtet, bei deren Gestaltung sie ein Mitspracherecht hatten.²³⁹ Zudem verfügten sie nun über Telefon, Zentralheizung und Badezimmer. Viele Straßen wurden neu angelegt oder ausgebessert.²⁴⁰ Die Menschen, die durch das Unternehmen ihre Arbeitsgrundlage als Bauern verloren, erhielten eine Anstellung bei der SEO oder eine angemessene Entschädigung.²⁴¹ Demzufolge kam das Projekt bei der Bevölkerung auch wesentlich besser an. Es wurde sich dadurch eine bessere Zukunft erhofft. Vielen Anwohnern sollte es nach dem Bau der Talsperre besser gehen als vorher. Die meisten Bewohner von Bivels erkannten das Projekt *als einzigartige Gelegenheit und Gunst der Stunde*²⁴² an.

Die Informierung der betroffenen Anwohner funktionierte darüber hinaus wesentlich besser, als es noch bei dem Vorkriegsprojekt der Fall gewesen war, und so konnten viele Befürchtungen von vornherein ausgeräumt werden. Die Menschen wurden nicht mit ihren Sorgen und Existenzängsten alleine gelassen. Des Weiteren stand für diejenigen, die ihre Häuser verloren, bereits eine Lösung parat. Die Bevölkerung des Ourtals sah in diesem Kraftwerk eine einmalige Chance zur Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Im deutschen Grenzgebiet hingegen war die Stimmung schlechter. Ein Schreiben des Landrates des Kreises Bitburg vom 18. August 1956 legte die Befürchtungen der deutschen Grenzgemeinden dar. Sie bedauerten, dass die ganze Anlage der SEO auf luxemburgischem Gebiet gebaut würde.²⁴³ Somit würde den anliegenden deutschen Gemeinden ein Großteil des wirtschaftlichen Nutzens der Zentrale verloren gehen.²⁴⁴ Zudem vertraten die Gemeindeverantwortlichen die Auffassung, dass *der SEO nicht allzu viele Rechte auf deutschem Gebiet eingeräumt werden dürfen*²⁴⁵. An dieser Stelle wird klar, dass Angst vor zu viel Einfluss der SEO und somit auch

²³⁶ Ebd.

²³⁷ Zit. nach ebd.

²³⁸ Zit. nach JACOBY: Bivels-unter-der-Our (Anm. 228), S. 384.

²³⁹ Vgl. ebd.

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ Ebd., S. 387.

²⁴² Zit. nach ebd.

²⁴³ Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 880 Nr. 6782: Brief des Landrates des Kreises Bitburg an den Regierungspräsidenten in Trier vom 18.8.1956, S. 1.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Ebd., S. 2.

Luxemburgs in der Grenzregion bestand. An einer weiteren Stelle des Schreibens wird schließlich auch ganz explizit darauf hingewiesen, dass der *deutsche Einfluß auf die ganze Angelegenheit „Ourtalsperre“ verhältnismäßig gering*²⁴⁶ sei.

Des Weiteren wird der Art. 7 des Staatsvertrages kritisiert, der dem Konzern im Großherzogtum eine 50-prozentige Steuerermäßigung zusicherte. Gesetzte den Fall, dass deutsche Baufirmen auch Niederlassungen auf deutschem Gebiet errichten würden, wäre das für die Region nicht tragbar. Der Landrat war der Meinung, dass *eine derartige Regelung vor allem für die leistungsschwachen Gemeinden im Grenzgebiet einen erheblichen Steuerausfall bedeuten*²⁴⁷ würde.

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit der Talsperre erwähnt wurde, war derjenige des Tourismus. Es müsse gewährleistet werden, dass auch auf der deutschen Seite eine Straße angelegt werde, die dem Fremdenverkehr zu Gute kommen würde.²⁴⁸ Es wurde argumentiert, dass auf luxemburgischer Seite viel Geld für Straßenverlegungen ausgegeben würde, deshalb könnte auf der deutschen Seite zumindest eine Straße als Gegenleistung gebaut werden.²⁴⁹

Es müsse darüber hinaus darauf geachtet werden, dass möglichst viele deutsche Arbeiter aus dem Grenzgebiet in das Projekt mit einbezogen würden.²⁵⁰ Aus den hier angeführten Gründen wurde es als notwendig erachtet, dass der Landrat des Kreises Bitburg dem Verwaltungsrat der SEO anhöre, um so die Interessen der Region vertreten zu können.²⁵¹

Trotz dieser Vorbehalte und Ängste betonte der Landrat am Ende seines Schreibens, dass dessen ungeachtet darauf gedrängt werden sollte, dass *die Ourtalsperre gebaut wird, auch dann, wenn in dem einen oder anderen Falle die deutschen Interessen nicht so gewahrt werden können, wie wir es uns gedacht haben*²⁵². An dieser Stelle ist folglich eine Art Zwiespalt zu erkennen. Die Angst vor einer Benachteiligung des Kreises Bitburg und vor zu viel Einfluss der SEO auf das deutsche Grenzgebiet war sehr ausgeprägt. Man wollte ebenfalls von dem Fremdenverkehr und den anderen wirtschaftlichen Vorteilen, die das Projekt mit sich brachte, profitieren. Auf der anderen Seite waren sich die politischen Vertreter der deutschen Grenzregion jedoch bewusst, dass das Kraftwerk für diese Gegend von äußerster Wichtigkeit und seine Realisierung vonnöten war. Der Kreis Bitburg wollte auch von der Ourtalsperre profitieren. Es kam demnach nicht zu einer derart kategorischen Ablehnung des Projektes, wie es in den Zwanziger Jahren bei der luxemburgischen Bevölkerung der Fall gewesen war.

In den Presseartikeln jener Zeit ist eine gewisse Euphorie gegenüber diesem Projekt festzustellen. Diese Begeisterung war sowohl bei den deutschen als auch bei den luxemburgischen Presseorganen zu registrieren. Das „Luxemburger Tageblatt“ schrieb am 17. September 1959, dass es ein Unternehmen sei, *das für unser Vater-*

²⁴⁶ Ebd., S. 3.

²⁴⁷ Ebd.

²⁴⁸ Vgl. ebd., S. 4.

²⁴⁹ Vgl. ebd., S. 4f.

²⁵⁰ Vgl. ebd., S. 6f.

²⁵¹ Vgl. ebd., S. 3.

²⁵² Zit. nach ebd., S. 6.

land von einer nie erreichten Wichtigkeit und [von] allerhöchstem Interesse²⁵³ sei. Der „Républicain Lorrain“ titelte am 18. April 1964 zur Einweihung des Kraftwerkes: *Exemple de ce que peut réaliser l'Europe de demain, c'est le plus grand ouvrage de ce genre dans le monde*²⁵⁴.

Auch die deutsche Presse äußerte sich euphorisch über das Projekt. Der „Trierische Volksfreund“ schrieb am 21. Juli 1960, dass im Ourtal die *Technik Triumphe*²⁵⁵ feiern würde. Zudem betonte der Beitrag zur Einweihung der Anlage noch einmal, dass es ein Werk im europäischen Interesse sei, das Strom für Europa liefere.²⁵⁶ Die Zeitungen waren demzufolge dem Projekt gegenüber sehr positiv eingestellt und zeigten sich über dieses technische und europäische Meisterwerk begeistert. Kritische Stimmen sind bei dem Nachkriegsprojekt in den Presseorganen nicht zu finden.

Aus dem eben Dargelegten kann demnach gefolgert werden, dass lediglich im Kreis Bitburg eine gewisse Skepsis gegenüber dem Projekt bestand. Die Reaktionen der Öffentlichkeit standen teilweise im Gegensatz zu jenen der Zwanziger Jahre. Diesmal war es so, dass die deutsche Bevölkerung Angst vor Benachteiligungen hatte und sich gegen einen zu starken luxemburgischen Einfluss zu wehren versuchte.

Im Großherzogtum stand man dem Projekt hingegen sehr positiv gegenüber. Die Menschen waren der Auffassung, dass es dem Land viele Vorteile bringen würde. Da die Bevölkerung bei dem Nachkriegsprojekt wesentlich besser aufgeklärt worden war, als dies in den Zwanziger Jahren der Fall gewesen war, hatten die Bewohner der betroffenen Gebiete auch weniger Existenzängste und Vorbehalte. Sie waren darüber informiert, was mit ihrem Besitz geschehen würde und welchen Einfluss dies auf ihr Leben nehmen würde. Für die Anwohner, die ihre Häuser aufgeben mussten, waren bereits Lösungen ausgearbeitet worden. Es schien auch niemand an seinem Haus zu hängen; die neuen waren wesentlich moderner und an die Bedürfnisse der Zeit angepasst. Die Menschen aus dem Ourtal waren stolz auf dieses europäische Gemeinschaftswerk und die Modernisierungen, die es ihrem Dorf brachte. Die Bevölkerung des Großherzogtums war stolz darauf, dass in ihrem kleinen Land ein so bedeutsames europäisches Projekt verwirklicht wurde.

Ein weiterer Grund, weshalb dasselbe in Luxemburg auf fruchtbaren Boden fiel, ist, dass das Kraftwerk diesmal eine Luxemburger Initiative darstellte. Die Trägergesellschaft SEO war ein Unternehmen, das luxemburgischem Recht unterworfen war. Daher war man zuversichtlich, dass die nationalen und regionalen Interessen gewahrt blieben. Auch die Überzeugungsarbeit des Viandener Bürgermeisters Victor Abens beeinflusste die positive Einstellung der Bevölkerung.

Die deutsche Seite hingegen war dieses Mal skeptischer. Die Tatsache, dass es sich um eine luxemburgische Gesellschaft, wenn auch mit deutscher Beteiligung,

²⁵³ Zit. nach: Ourtalsperre und Our-Kraftwerk Vianden, in: Tageblatt. Journal d'Esch Nr. 289 vom 17.9.1959.

²⁵⁴ Zit. nach : La centrale hydro-électrique de pompage de Vianden inaugurée en présence de la famille grand-ducale. Exemple de ce que peut réaliser l'Europe de demain, c'est le plus grand ouvrage de ce genre dans le monde, in: Le Républicain Lorrain Nr. 93 vom 18.4.1964.

²⁵⁵ Zit. nach: Im Ourtal feiert Technik Triumphe. Arbeiter von neun Nationen schaffen hier gewaltige Energiequellen, in: Trierischer Volksfreund Nr. 167 vom 21.7.1960.

²⁵⁶ Vgl. Vianden. Strom für Europa, in: Trierischer Volksfreund Nr. 91 vom 18.4.1964.

handelte, schürte die Angst vor Benachteiligungen. Die Grenzgemeinden hatten Angst, dass nur die luxemburgische Seite aus dem Projekt Nutzen ziehen könnte.

Fazit

Das Projekt Ourtalsperre benötigte fast ein halbes Jahrhundert, bis es endlich realisiert werden konnte. Dies hing vor allem mit den politischen Gegebenheiten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zusammen. Die beiden Weltkriege und die damit verbundenen politischen Unruhen hatten immer wieder dazu geführt, dass es in der Zwischenkriegszeit zu keiner Einigung kam, und letzten Endes geriet das Projekt in Vergessenheit. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg schienen die Bedingungen für einen erneuten Umsetzungsversuch des Projektes Ourtalsperre günstig zu sein. Die Kohleknappheit in Europa zwang die Regierungen, Alternativen zur thermischen Energie zu suchen. Zudem kam es unter dem erheblichen amerikanischen Einfluss zu einem Mentalitätswechsel bei den europäischen Regierungen, was eine gleichberechtigte Kooperation, unter Einschluss Deutschlands, erst möglich machte. Die Staaten begannen zusammenzuarbeiten. Es wurde so der Grundstein für eine europäische Gemeinschaft mit gemeinsamem Markt und gemeinsamer Politik gelegt. Diese Entwicklung kam letztendlich auch dem Pumpspeicherwerk in Vianden zu Gute.

Ziel des vorliegenden Beitrags war es herauszufinden, welche Rolle der Marshall-Plan für dieses Projekt spielte und inwiefern die Zentrale von Vianden sowie die SEO ein europäisches Gemeinschaftswerk und Teil der europäischen Integration Deutschlands und Luxemburgs darstellten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Bedeutung des Marshall-Plans für das Projekt sehr groß war. Trotz der Tatsache, dass das Unternehmen später nicht mit Marshall-Geldern realisiert wurde, gab der ERP dennoch den entscheidenden Impuls für die Wiederaufnahme des Projektes Ourtalsperre. Der ERP gab den Anstoß zu einer Kooperation und einem ideologischen Umdenken der europäischen Nationen. Die Realisierung des Kraftwerkes wäre womöglich ohne dieses Programm und seinen Einfluss nie umgesetzt worden.

Die Frage, ob es sich bei dem Unterfangen um ein europäisches Gemeinschaftswerk handelte, kann also ganz klar mit Ja beantwortet werden. Es kam im Rahmen des Projektes auf vielen Ebenen zu einer gemeinschaftlichen europäischen Zusammenarbeit. Hinzuzufügen bleibt, dass die Ourtalsperre sicherlich einen immensen Beitrag zur europäischen Integration Deutschlands und Luxemburgs geliefert hat. Auch wenn bei den Luxemburgern teilweise Restzweifel gegenüber Deutschland bestehen blieben und versucht wurde, sich gegenüber dem großen Nachbarn abzusichern, tat dies der europäischen Integration keinen Abbruch. Es war sogar eher normal, dass nach einem „Trauma“, wie es der Zweite Weltkrieg gewesen war, der Vertrauensaufbau einen langen Entwicklungsprozess voraussetzen würde. Die Vorteile, die dem kleinen Land aus der Viandener Zentrale erwuchsen, waren jedoch derart groß, dass die Luxemburger Beteiligten es schafften, über ihren Schatten zu springen. Es sollte ein Werk der deutsch-luxemburgischen Versöhnung werden.

Luxemburg konnte durch das Projekt sein Ansehen in Europa steigern und seine bescheidene Größe kompensieren.

Der wirtschaftliche Erfolg des Kraftwerkes und sein positiver Einfluss auf die deutsch-luxemburgischen Beziehungen zeigten sich nicht zuletzt auch darin, dass die SEO das Viandener Pumpspeicherwerk noch weiter ausbaute und immer noch ausbaut.

Des Weiteren wurden, nachdem sich das Projekt als erfolgreich herausgestellt hatte, noch weitere Werke von der SEO – wie z. B. im Rahmen der Moselkanalisierung die Stautufen in Palzem und Grevenmacher an der deutsch-luxemburgischen Grenze – realisiert. Die anfängliche Angst, dass das Pumpspeicherwerk nach einigen Jahren nicht mehr modern genug sein könnte oder durch Atomkraftwerke abgelöst werden würde, erwies sich als unbegründet. Das Viandener Kraftwerk ist bis heute ein wichtiger Beitrag zum europäischen Verbundnetz geblieben und hat entscheidend zum Stromausgleich Europas beigetragen. Durch die schnelle Einsatzbereitschaft des Pumpspeicherwerkes kann es bei starker Netzbelastung – im Gegensatz zu thermischen Produktionszentralen – sofort die benötigte Energie liefern und den Mangel ausgleichen. Die Bedeutung von Vianden zeigt sich auch in der Tatsache, dass die Zentrale weiterhin ausgebaut wird.

Vorausblickend bleibt zu bemerken, dass die Thematik der SEO noch viele Forschungsfelder offen lässt. Im Rahmen dieser Magisterarbeit wurde versucht, die wichtigsten Themenbereiche im Zusammenhang mit diesem Unternehmen zu umreißen. Es konnte an dieser Stelle jedoch nur ein Bruchteil der vorhandenen Quellen behandelt und analysiert werden. Die Finanzierung dieses Projektes stellte beispielsweise eine äußerst komplexe Angelegenheit dar, die in dieser Magisterarbeit lediglich kurz angeschnitten werden konnte. Dieser Aspekt der SEO müsste in einer weiteren Arbeit noch näher beleuchtet werden, da es in dieser Abhandlung nicht möglich war, alles vorhandene Material zu berücksichtigen und zu analysieren. Vor allem die Akten der BEI bieten noch einiges an interessantem Material. Im Rahmen der BEI bleibt auch zu erwähnen, dass der belgische Historiker und Professor an der Universität Luxemburg, René Leboutte, gerade dabei ist eine Arbeit zur SEO in Verbindung mit der BEI zu verfassen, da es immerhin das erste Projekt war, das von der europäischen Investitionsbank mitfinanziert wurde.

Weitere Quellen, die in weiterführenden Arbeiten noch berücksichtigt werden müssten, sind diejenigen des Werksarchivs der RWE in Essen. Diese Magisterarbeit beleuchtet zudem eher die luxemburgische Sichtweise des Projektes. In einer zusätzlichen Ausführung wäre es sicherlich interessant, das Unternehmen von einem deutschen Standpunkt aus zu analysieren. Zu dieser Thematik der SEO fehlen leider zur Zeit in Luxemburg – von einigen kurzen Publikationen und Aufsätzen abgesehen – eine richtige Forschungsdebatte und somit auch die entsprechende Forschungsliteratur.

Sally SCHOLER studierte Geschichte und Philosophie an der Ruprecht-Karl-Universität in Heidelberg und ist zurzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsprojekt „Terres Rouges“, das vom Nationalarchiv sowie vom Centre d'études et de recherches européennes Robert Schuman geleitet wird, beschäftigt.

Hémecht erscheint vierteljährlich

**Der Abonnementspreis für das Jahr 2012
beträgt 36,00 €
Abonnement Studenten: 20,00 €
Einzelnummer: 16,00 €**

BCEE-Konto
IBAN LU61 0019 1300 6666 4000

Saint-Paul-Gruppe Luxemburg
Aktiengesellschaft Luxemburg

Geschichtliche Beiträge
sind zu richten an

**Redaktion Hémecht
B. P. 112
L-7216 Bereldange**

E-Mail: hemecht@pt.lu

La revue paraît quatre fois par an

**Le prix de l'abonnement pour l'année 2012
s'élève à 36,00 €
Abonnement étudiant: 20,00 €
Prix au numéro: 16,00 €**

à verser au compte auprès de la BCEE
IBAN LU61 0019 1300 6666 4000

de Saint-Paul Luxembourg
Société anonyme, Luxembourg

Pour toute collaboration
on est prié de s'adresser à la

**Rédaction Hémecht
B. P. 112
L-7216 Bereldange**

e-mail: hemecht@pt.lu